

Gemeindeversammlung

Protokoll vom 13. Dezember 2024 / Wortprotokoll

.....

Ort Aula Schule Weid, Pfäffikon

Beginn 19:30 Uhr

Ende 22:15 Uhr

Vorsitz Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Protokoll Esther Reichmuth, Gemeindeschreiberin

**Versammlungs-
Teilnehmer** ca. 380 Personen

Gemeindepräsident Guido Cavelti

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich eröffne die Gemeindeversammlung und heisse Sie in der Aula der Schule Weid herzlich willkommen.

Ich möchte zuerst die Mitglieder des Gemeinderats vorstellen:

- Vizepräsident Hans Stauffacher, Ressortvorsteher Tiefbau und Verkehr
- Säckelmeister Alain Homberger, Ressortvorsteher Finanzen
- GR Xavier Igloi, Ressortvorsteher Raum und Umwelt
- GR Ursula Solenthaler, Ressortvorsteherin Bildung
- GR Eliane Tanner, Ressortvorsteherin Liegenschaften und Sicherheit
- GR Monika Lienert, Ressortvorsteherin Gesellschaft
- GS Esther Reichmuth

Mein Name ist Guido Cavelti. Ich bin der Gemeindepräsident.

Entschuldigen muss ich Andrea Macic von der Rechnungsprüfungskommission.

Ich möchte zuerst auf ein paar Themen eingehen, die den Gemeinderat seit der letzten Gemeindeversammlung im April besonders beschäftigt haben.

Asyl- und Flüchtlingssituation in der Gemeinde Freienbach

Wir betreuen per 30.11.2024 218 Personen. Davon unterstützen wir 193 Personen auch finanziell. Gemäss Verteilschlüssel des Kantons müssten wir aber aktuell 323 Personen aufnehmen, das bedeutet, dass wir mit Erreichen von 68% des Verteilschlüssels weiterhin Ersatzabgaben zahlen müssen. Die Personen sind aktuell in 25 Liegenschaften untergebracht. Es fallen dabei immer wieder Liegenschaften weg und neue kommen hinzu. Wir sind nach wie vor auf der Suche nach einem geeigneten Standort, wo wir die dezentrale Unterbringung mit einem grösseren Objekt ergänzen könnten.

Zonenplanrevision

Die zuständige Planungskommission ist weiterhin in der Vorbereitungsphase für die noch nicht gestartete Revision der Zonenplanung. Sie ist in ihrer Diskussion zu verschiedenen Themen fortgeschritten, aber weiterhin erst in einer reinen Planungsphase. Der Start Revision Zonenplanung ist nach Abschluss der laufenden Teilrevision Nachführung Nutzungsplanung vorgesehen. Sobald das Teilzonenrevisionsverfahren, das zurzeit im Beschwerdeverfahren ist, abgeschlossen ist, werden sich mögliche Varianten aus der jetzigen Vorbereitungsphase konkretisieren.

Arbeitskräftemangel

Der Arbeitskräftemangel beschäftigt uns weiterhin, wobei es sehr unterschiedlich ist. Während wir für die jüngste Besetzung der Leitung Pflegezentren aus einer Vielzahl von Bewerbungen aussuchen konnten, kommt es in anderen Bereichen vor, dass wir auf Ausschreibungen keine einzige Bewerbung erhalten; z.B. beim Lehrpersonal oder im Sozialwesen. Der Gemeinde ist es ein grosses Anliegen, die Arbeitgeberattraktivität weiter zu stärken und steht mitten in einem Projekt mit schönem englischen Projekttitel «Employer Branding», das eben genau dieses Ziel verfolgt.

Initiative Luegeten

Bei der Umsetzung der Initiative Luegeten ist es so, wie es das Höfner Volksblatt bereits berichtet hat. Wir sind im Gespräch mit dem neuen Eigentümer. Er hat uns eröffnet, dass es weiterhin ein Restaurant geben soll und er im Gespräch mit möglichen Pächtern ist. Wenn er da zu einem guten Ergebnis kommt, also einen Vertrag abschliessen kann, dann ist die Luegeten für die Gemeinde nicht käuflich.

Initiativen

Initiativen werden den Gemeinderat und das Stimmvolk weiterhin beschäftigen. Die vom Bürgerforum eingereichte Pluralinitiative «Bauboom – genug ist genug» befindet sich zurzeit in der Gültigkeitsprüfung. Diese Woche hat auch die SP ihre Pluralinitiative «JA zu mehr preisgünstigen Wohnungen für die Freienbacher Bevölkerung» eingereicht.

Neubau Werkhof Roggenacker

Die Baugrube ist mittlerweile fertig ausgehoben. Mit dem Betonieren des Erdgeschosses wächst der Werkhof jetzt aus der Baugrube heraus in die Höhe. Die Erdwärmesonden sind gebohrt. Im Januar wird mit der Entlastungsbohrung für die Meteorleitung in den Staldenbach angefangen. 95% der Bauarbeiten sind vergeben und laufen nach Programm.

Aufstockung Mehrzweckgebäude Schwerzi

Die Bauarbeiten zur Aufstockung des Mehrzweckgebäudes Schwerzi, Freienbach, haben am ersten Tag der Schulsommerferien angefangen. Im zweiten Halbjahr 2024 fanden vor allem Rohbauarbeiten statt. Der Holzelementbau für das Aufstockungsgeschoss wird seit

.....

letzter Woche aufgerichtet. Noch vor Weihnachten wird das Gebäude provisorisch abgedichtet und wintertauglich geschlossen. Die Primarschule Schwerzi hat die Bauwand zum Pausenplatz übrigens sehr farbenfroh gestaltet.

Dies waren ein paar Ausführungen zu aktuellen Themen.

Ich eröffne jetzt die offizielle Gemeindeversammlung.

Die Gemeindeversammlung ist öffentlich. Zur Diskussion und Beschlussfassung sind aber nur die Stimmberechtigten der Gemeinde Freienbach berechtigt. Ich bitte die Nicht-Stimmberechtigten im separaten Bereich hinten im Saal Platz zu nehmen.

Das Tonband läuft für das Protokoll mit.

Die Traktandenliste der heutigen Gemeindeversammlung ist auf Seite 3 der Botschaft veröffentlicht worden. Sie ist bis am 15. November 2024, also rechtzeitig, allen Haushaltungen zugestellt worden. Zusätzlich hat der Gemeinderat die Traktandenliste innert Frist publiziert. Damit ist die heutige Versammlung beschlussfähig. Wird von jemandem das Verlesen der Traktandenliste verlangt oder gibt es Wortmeldungen oder Anträge zur Traktandenliste?

Das ist nicht der Fall. Wir werden daher heute gemäss der publizierten Traktandenliste beraten.

Traktandum 1. Wahl der Stimmzähler

Wir schlagen folgende vier Personen aus dem Abstimmungsbüro als Stimmzähler vor:

- Manuela van der Meer
- Daniela Lutzmann
- Felix Keller
- Felix Knuchel

Den Stimmzählern ist je ein Sektor zugeteilt worden. Der Stimmzähler vorne rechts zählt auch die Stimmen auf der Bühne.

Wird ein Gegenantrag zu den vorgeschlagenen Stimmzählern gestellt?

Das ist nicht der Fall.

Ich erkläre die vorgenannten Personen als Stimmzähler gewählt.

Die Stimmzähler bilden zusammen mit der Gemeindeschreiberin und mir das Büro.

Traktandum 2. Genehmigung Nachtragskredite 2024

Ich gebe das Wort an den Säckelmeister Alain Homberger zu den Nachtragskrediten 2024.

Alain Homberger, Säckelmeister

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, liebe Gäste

Ich bin überwältigt. Es ist meine elfte Budgetgemeinde und noch nie haben so viele Leute an der Budgetgemeinde teilgenommen. An der Rechnungsgemeinde nehmen sowieso noch weniger teil. Das ist fantastisch. Wir haben trotz so vieler Personen nur drei Prozent der Stimmberechtigten hier.

Sie haben die ausführliche Botschaft bekommen. Ergänzende Erläuterungen, Zusammenfassungen und die Darstellung der mehrjährigen Ausgaben-Entwicklung mit einer Sicht auf die Zukunft, werden das Schwergewicht meiner Ausführungen sein. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie aber wie jedes Jahr darauf aufmerksam machen, dass auch der Gemeinderat von Freienbach die Zukunft nicht kennt und darum sind insbesondere die prognostischen Aussagen über mehrere Jahre abnehmend verbindlich. Den Beweis dieser Feststellung bringe ich mit den Informationen zum laufenden Jahr:

Die Rechnung 2024 wird bedeutend besser als budgetiert abschliessen. Wir rechnen aktuell mit einem Überschuss von rund 10 Mio. Franken statt den budgetierten Mehrausgaben von 1'266'000 Franken.

Dieser Überschuss kann erneut teilweise für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden.

Der Gemeinderat beantragt einen Nachtragskredit zu Lasten der laufenden Rechnung 2024 in der Höhe von 8'361'000 Franken. Damit wird Verwaltungsvermögen abgeschrieben, was die Folgejahre nachhaltig entlastet und die Bilanz verkürzt.

Die Zusammenstellung zeigt in welchen Globalbudgets die zusätzlichen Abschreibungen vorgenommen werden sollen. Um die aufgeführten Beträge werden die Globalbudgets 2024 erhöht, damit die Abschreibungen vorgenommen werden können.

Die Nachtragskredite sind Ausdruck von nachhaltigem Denken, weil die zusätzlichen Abschreibungen, die künftigen Rechnungen entlasten.

Wir haben auch in der Investitionsrechnung einen Nachtragskredit. Die Schiessanlage Roggenacker wurde dieses Jahr saniert. Im Laufe der Arbeiten wurden zusätzliche Arbeiten offensichtlich. Zusätzliche Dacharbeiten benötigen einen Nachtragskredit der Investitionsrechnung im Betrag von 38'000 Franken

Einzelheiten zu den Nachtragskrediten finden Sie auf den Seiten 74 und 75 der Botschaft.

Ich gebe das Wort zur Behandlung des Antrags an unseren Gemeindepräsidenten zurück.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Sie haben die Ausführungen unseres Säckelmeisters zu den Nachtragskrediten 2024 gehört.

Sie finden die Zusammenstellung der Nachtragskredite zur Erfolgsrechnung 2024 und der Investitionsrechnung 2024 auf den Seiten 74 und 75 der Botschaft. Den Antrag des Gemeinderats und der RPK zu den Nachtragskrediten 2024 finden Sie auf Seite 74 der Botschaft.

Ich gebe das Wort jetzt an Gert van der Meer, den Präsidenten der RPK.

Gert van der Meer, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Guten Abend, geschätzte Bürgerinnen und Bürger

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Nachtragskredite 2024 für die Erfolgs- und Investitionsrechnung geprüft und beantragt, die vorliegenden Nachtragskredite von 8'361'000 Franken für die Erfolgsrechnung und 38'000 Franken für die Investitionsrechnung zu genehmigen.

Besten Dank.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Präsident. Ich eröffne die Diskussion zu den Nachtragskrediten 2024. Das Wort ist frei.

Das Wort wird nicht verlangt. Wir stimmen ab.

Wer die Nachtragskredite zur Erfolgsrechnung 2024 in Höhe von 8'361'000 Franken und zur Investitionsrechnung 2024 in der Höhe von 38'000 Franken genehmigen möchte, möge dies durch Erheben der Hand bezeugen.

Das Gegenmehr?

Ich erachte das erste Mehr als klar grösser.

Besten Dank. Sie haben damit die Nachtragskredite 2024 genehmigt.

Traktandum 3. Genehmigung des Voranschlags 2025 inklusive Leistungsaufträge und Festsetzung des Steuerfusses

Ich möchte Ihnen kurz erklären, wie das Traktandum 3 heute Abend ablaufen wird.

Zuerst wird Ihnen unser Säckelmeister, Alain Homberger, Ausführungen zum gesamten Budget inkl. Investitionsrechnung und Finanzplanung und zu den Leistungsaufträgen inkl. Globalbudgets machen. Sie finden in der Botschaft zu jedem Ressort auch einen ausführlichen Bericht.

Nach den Ausführungen des Säckelmeisters wird die RPK Bericht und Antrag erstatten und stellen.

Anschliessend werden wir das Budget beraten. Die Beratung erfolgt dabei für jeden Leistungsauftrag einzeln. Im Rahmen der einzelnen Leistungsaufträge können Änderungsanträge gestellt werden.

Bei den Änderungsanträgen gibt es zwei verschiedene Varianten: Wenn heute Abend im Rahmen einer Leistungsauftrags- oder Budgetänderung sofort die Auswirkungen auf das Budget geklärt werden können, wird der Antrag im Falle einer Annahme durch die Versammlung auf das Budget 2025 wirksam.

Wenn heute Abend eine Leistungsauftrags- oder Budgetänderung beantragt wird, bei dem die Folgen davon in Bezug auf das Budget nicht abschliessend geklärt werden können, wird der Antrag im Falle einer Annahme erst auf das Budget 2026 hin wirksam. Der Gemeinderat erhält in diesem Fall also den Auftrag, das Budget 2026 im beantragten Sinne vorzulegen. Das Gleiche gilt im Falle einer Anpassung der mehrjährigen Wirkungsziele. Möglich ist auch eine Rückweisung von einzelnen Leistungsaufträgen. Falls so ein Antrag angenommen würde, müsste dieser Leistungsauftrag nochmals separat an einer Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

Als letzten Leistungsauftrag werden wir den Leistungsauftrag Finanzen diskutieren. Dieser Leistungsauftrag hat als einziger zwei Globalbudgets. Das Globalbudget 1 umfasst die Finanzen und das Globalbudget 2 die Steuern. Im Zusammenhang mit diesem Globalbudget 2 werden wir auch über den Steuerfuss beraten. Anträge zum Steuerfuss sind daher unter dem Leistungsauftrag Finanzen zu stellen.

So werden alle Leistungsaufträge diskutiert und bereinigt, anschliessend wird auch noch über die Investitionsrechnung beraten. Am Ende der Beratungen findet eine Schlussabstimmung über alle bereinigten Leistungsaufträge mit den jeweiligen Globalbudgets, dem Steuerfuss und der Investitionsrechnung statt.

Ich übergebe das Wort nun unserem Säckelmeister.

Alain Homberger, Ressortvorsteher Finanzen

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, liebe Gäste

Die Prognose von den Steuereinnahmen ist erneut nicht gelungen. Wie erwähnt, liegen die Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2024 gemäss Botschaft um rund 10 Mio. Franken höher als geplant.

Ganz offensichtlich sind die Steuereinnahmen erneut höher ausgefallen, als wir im letzten Dezember gedacht haben.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Freienbach zeigt sich weiterhin solid und stabil. Die Ausgaben können weitgehend gemäss Budget eingehalten werden. Die Prognostik auf der Einnahmenseite zeigt sich allerdings weiterhin als sehr schwierig.

Zusammenfassend können wir auch im Zusammenhang mit der einwohnernahen Leistungserbringung optimistisch in die nahe Zukunft blicken.

Dies ist auch nur dank motivierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich. Deshalb möchte ich diesen einen entsprechenden herzlichen Dank aussprechen.

Das Budget 2025 und auch die Finanzplanung für die folgenden Jahre zeigen leicht steigende Defizite, auch wenn die Zahlungen in den Ressourcenausgleich (früher horizontaler Finanzausgleich) massiv höher werden. Aufgrund der Investitionstätigkeit sinkt das Nettovermögen. Alle flüssigen Mittel werden in den nächsten Jahren zur Finanzierung der geplanten Investitionen eingesetzt.

Die Zahlungen in den Ressourcenausgleich werden 2025 mit rund 24,7 Mio. Franken einen neuen Höchststand erreichen. Somit wird mehr als ein Drittel aller Steuereinnahmen zugunsten finanzschwacher Gemeinden weitergeleitet.

Die Mehrausgaben können im Budget 2025 durch eine Erhöhung der prognostizierten Steuereinnahmen um rund 9 % gegenüber dem Budget 2024 aufgefangen werden.

Wir schlagen für das Jahr 2025 ein Budget mit einem höheren betrieblichen Aufwand von rund 16,5 Mio. Franken gegenüber dem laufenden Jahr vor, für die Folgejahre gehen wir heute von einer Steigerung des betrieblichen Aufwandes von knapp 2 bis 3 Mio. Franken pro Jahr aus.

Die stark angestiegenen Steuereinnahmen und das hohe Eigenkapital und das Nettovermögen, erlauben uns den Gemeinde-Steuerfuss für natürliche Personen auf 50 % einer Einheit zu senken – aus heutiger Sicht nachhaltig. Gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz hätten wir den Steuerfuss viel stärker senken müssen. Der Gemeinderat hat aber beschlossen, dass wir eine nachhaltige / ausgeglichene Steuerpolitik machen.

Die geplanten Defizite des Budgets und der Finanzplanung werden bewusst in Kauf genommen, so kann das Eigenkapital etwas abgebaut werden. Dieses wurde in den vergangenen Jahren aufgrund grosser Überschüsse bzw. durch zu hohe Steuerfüsse geöffnet.

Für juristische Personen soll der Steuerfuss auf 65 % einer Einheit belassen werden, weil sonst die Gesamtsteuerbelastung noch weiter unter 12 % des Reingewinns fallen würde und das bei international tätigen Firmen zu Gegenmassnahmen führen würde. Gemäss

OECD wären das schädliche Steuerpraktiken. Das führt zu Steuerbezug im Ausland und ist für international tätige Unternehmen sehr unangenehm. Der Kantonsrat hat diese Woche ebenfalls beschlossen, den Steuerfuss bei den juristischen Personen so zu belassen und für natürliche Personen um 5 % zu senken.

Das vorliegende Budget 2025 ist erneut nach den Richtlinien von HRM2 gemäss den kantonalen Vorgaben erstellt worden. Budgets und Rechnungen werden weiterhin nach institutioneller Gliederung geführt. Wir können so sicherstellen, dass die Ressortrechnungen vergleichbar mit den Vorjahren bleiben.

Unsere Gemeinde führt die Rechnung nach den Grundsätzen der „wirkungsorientierten Verwaltungsführung“ (WOV). Die Rechnung und natürlich der Voranschlag werden dabei nach Verwaltungseinheiten gegliedert und für jede Verwaltungseinheit wird ein Voranschlagskredit (Globalkredit) ausgewiesen, zusammen mit dazugehörigen Leistungsaufträgen und mehrjährigen Wirkungszielen.

Dieses Führungsmodell hat sich in Freienbach seit Jahren bewährt und nimmt neben dem Gemeinderat die ganze Verwaltung in Pflicht und Verantwortung.

In der ordentlichen Darstellung gemäss HRM2 werden die Sachgruppen zweistufig dargestellt. Diese Zahlen finden Sie in der jedem Haushalt zugestellten Botschaft zur heutigen Gemeindeversammlung. Um eine weitere Informationstiefe z.B. in die Investitionsrechnung zu bekommen, ist die dreistufige Darstellung notwendig. Diese ist auf dem Internet aufgeschaltet und kann jederzeit heruntergeladen werden.

Die Aufwandarten verändern sich gegenüber dem Budget 2024 wie folgt:

Der Personalaufwand steigt um 4,4 %. Folgende Stellenaufstockungen sind geplant: Im Bereich Präsidiales 0.4 Stellen für HR und Postdienst. Im Bereich Informatik eine Stelle durch die Schaffung der gemeinsamen Informatik Wollerau-Freienbach, die Kosten der Stelle werden aber weiterverrechnet. Im Bereich Gesellschaft eine Stelle für das Asylwesen und im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgesetz. Im Asylbereich wird zusätzlich eine Praktikumsstelle für Studierende geschaffen. Der Aufwand für die Tagesschule Steg und Felsenburgmatte fällt 2025 ganzjährig an, zusätzlich wird in diesem Zusammenhang ein Ausbildungsplatz «Fachperson Betreuung» geschaffen.

Der Sach- und übrige Betriebsaufwand steigt um 2,7 Mio. Franken. Hier sind im Wesentlichen zusätzliche Kosten für die Unterbringung von Asylsuchenden und neu die Vollkosten für den Bus in Richtung Täli enthalten. Die zusätzlichen Ausgaben für die neu gemeinsame Informatik mit Wollerau werden jedoch weiterverrechnet.

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens steigen gemäss der vorliegenden Botschaft um 1,3 Mio. Franken, aber nachdem die zusätzlichen Abschreibungen genehmigt worden sind, sinkt der Aufwand für Abschreibungen um weitere 500'000 Franken auf 800'000 Franken.

Die Entschädigungen an Gemeinwesen bestehen im Wesentlichen aus dem Betriebsbeitrag an den Abwasserverwand Höfe und bleibt praktisch unverändert.

Die Beiträge an Gemeinwesen und Dritte liegt um 0,3 Mio. Franken tiefer gegenüber dem Budget 2024. Insbesondere fallen die Ausgaben für den Gemeindeanteil bei der Prämienverbilligung weg.

Bei den Abschreibungen von Investitionsbeiträgen gibt es geringfügige Änderungen.

Der Finanz- und Lastenausgleich beinhaltet im Wesentlichen die Transferzahlungen in den Ressourcenausgleich (ehemals horizontaler Finanzausgleich). 2025 werden die Gemeinden und der Bezirk Höfe 67 Mio. Franken einsetzen, dieses Geld geht von den Gebergemeinden und –bezirke an finanzschwache Gemeinden und Bezirke des Kantons. Total erhalten die finanzschwachen Gemeinden und Bezirke 103 Mio. Franken. Die Gemeinde Freienbach hat für 2025 einen Betrag von 24'729'700 Franken veranschlagt, das sind 9.8 Mio. Franken mehr als im Vorjahr oder gut 1/3 aller Steuereinnahmen. Erlauben Sie mir hier eine kleine Klarstellung: Im Zusammenhang mit der Luegeten-Initiative wurde die Meinung verbreitet, es sei doch gescheiter das Geld in Freienbach zu investieren, statt für den Finanzausgleich zu verwenden. Diese Aussage ist zwar bestechend, aber gleichzeitig einfach falsch. Der Ressourcenausgleich wird aufgrund der Ressourcen berechnet (wie es der Name bereits sagt) und nicht aufgrund der Jahresabschlüsse oder Reserven der Gemeinde. Bei der Berechnung werden die steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und die Gewinne und das Kapital der juristischen Personen herangezogen, wie der Ressourcenausgleich finanziert wird ist Sache der Gemeinde und hat nichts mit den anderen Ausgaben der Gemeinde zu tun.

Die internen Verrechnungen fallen um 0,5 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr und steigern das Gesamtbudget dementsprechend.

Durch diese Veränderungen steigt das Budget 2025 gegenüber dem Budget 2024 um 16,9 Mio. Franken und liegt ausgabenseitig bei 126,7 Mio. Franken.

Die Schätzung der Steuereinnahmen basiert auf der Sollstellung per Ende August 2024, Rückfragen bei grossen Steuerzahlern und einer angenommenen Zunahme von 2 % des Steuersubstrats aufgrund der aktuellen Situation sowie dem Steuerfuss von 50 % von einer Einheit ab 1. Januar 2025 für natürliche Personen und 65 % für juristische Personen. Zusätzlich wurden die Erwartungen im Bereich Steuern Vorjahre und Quellensteuern angepasst.

Die Zunahme bei den Entgelten ist zur Hauptsache auf höhere Pensions- und Pflegekosten bei den Pflegezentren zurückzuführen.

Im Gegensatz zum Vorjahr nehmen die Zinserträge wieder ab.

Im Bereich Finanz- und Lastenausgleich erhält die Gemeinde für die soziodemografische Situation 1,2 Mio. Franken.

Die 5,7 Mio. Franken Mehrertrag bei den Beiträgen von Gemeinwesen und Dritten setzen im Wesentlichen aus den neu festgesetzten Beiträgen an Lehrerbesoldung sowie dem STAF-Ausgleich zusammen. Hier noch eine Randbemerkung: Anlässlich der Orientierungsversammlung vom 30. November fragte eine Votantin, welcher Anteil der Steuereinnahmen für unsere Kinder eingesetzt ist. Spontan war ich nicht in der Lage, auf diese interessante Frage eine verlässliche Antwort zu geben, aber hier ist sie für das Budget 2025:

- Die gesamten Steuereinnahmen betragen netto 73,9 Mio. Franken.
- Für den Ressourcenausgleich fallen 24,7 Mio. Franken an.
- Der Gemeinde verbleiben also 49,2 Mio. Franken.
- Die Globalbudgets Bildung und Musikschule belaufen sich auf 15,5 Mio. Franken, hinzu kommen Beträge an die Lehrerbeseoldung von 6,5 Mio. Franken.
- Im Ressort Gesellschaft werden 2,7 Mio. Franken für Kinder und Minderjährige verwendet.
- Weitere Ausgaben betreffen z.B. Kinderspielplätze und sind in dieser Zusammenstellung nicht berücksichtigt.
- Da die Gemeindeschulen den Kindergarten und die Primarschule umfassen, müssen im Bereich Bildung auch die Kosten für die Oberstufe in Betracht gezogen werden, der Bezirk Höfe hat für Freienbach anteilmässig 9 Mio. Franken eingeplant.
- Somit kommt man auf einen Gesamtaufwand von 33,7 Mio. Franken, zusätzlich müssten anteilmässig Kosten für die KSA und BBZ dazugerechnet werden.
- Im engeren Sinn werden also 37 % aller Freienbacher Steuereinnahmen für Kinder und Jugendliche eingesetzt, im Verhältnis zu den Steuereinnahmen sind es jedoch gesamthaft 68.5 %, noch ohne anteilige Kosten der KSA und BBZ und weitere nicht berücksichtigte Kosten.

Soviel zum kleinen Exkurs.

Die internen Verrechnungen steigen im Gegenzug zu der Position auf der Aufwandseite ebenfalls um 1,8 Mio. Franken.

Durch diese Veränderungen steigt der Ertrag im Budget 2025 gegenüber dem Budget 2024 um 14,7 Mio. Franken und liegt einnahmenseitig bei 123,3 Mio. Franken.

Im Budget sind für 2025 folgende grössere Investitionen geplant:

Für die Planung der künftigen Nutzung des Zeughauses für Jugendräume, Schwingkeller und Narrenmuseum sind 500'000 Franken vorgesehen.

Heizungssanierungen in diversen Schulanlagen werden voraussichtlich rund 1,3 Mio. Franken kosten.

In die Schulanlage Schwerzi werden 2025 die geplanten 6 Mio. Franken investiert.

In der Sportanlage Chrummen steht die Sanierung der Rasenspielfelder 1 und 2 an, dafür sind 1,8 Mio. Franken zu erwarten.

Für den Ausbau des Feuerwehrstützpunkts und Fahrzeuge sind 413'000 Franken im Budget 2025 eingesetzt. Dieser Bereich ist spezialfinanziert. Das entsprechende Sachgeschäft wird in einem späteren Traktandum vorgestellt.

Für diverse Strassensanierungen und den Ersatz von Fahrzeugen für den Werkhof sind rund 365'000 Franken eingeplant.

Ein grosser Posten von 7 Mio. Franken ist für den Werkhof Roggenacker vorgesehen.

Die Investitionsbeiträge an den Abwasserverband Höfe betragen im nächsten Jahr 556'000 Franken, auch dieser Bereich ist spezialfinanziert.

Diverse Projekte für die Abwasserbeseitigung kosten 1,2 Mio. Franken.

Sanierungsarbeiten im Friedhof Freienbach werden mit 925'000 Franken zu Buche schlagen.

Sonstige und Anschlussgebühren Abwasser sind mit rund 1 Mio. Franken eingesetzt.

Die Gesamtinvestitionen betragen 2025 voraussichtlich total rund 21,1 Mio. Franken, gegenüber den 19,3 Mio. Franken im Budget 2024 sind das knapp 2 Mio. Franken mehr.

Als Folge der geplanten Investitionen 2025 bis 2028 und in Fortschreibung der Ausgaben und Einnahmen mit angenommenen prozentualen Steigerungen ergibt sich der Finanzplan.

Das Budget 2025 und die Finanzplanung bis 2027 sind durchgehend mit einem Steuerfuss von 50 % einer Einheit für natürliche Personen und von 65 % einer Einheit für juristische Personen gerechnet. Es ergeben sich geplante Defizite in den Folgejahren von 4,5 – 5,5 Mio. Franken, eine Abnahme des Nettovermögens auf 3'300 Franken pro Einwohner und eine Abnahme des Eigenkapitals auf 136 Mio. Franken.

Die Planzahlen zeigen Nettoinvestitionen im gleichen Zeitraum von 52,3 Mio. Franken. Im Finanzplan nicht berücksichtigt sind geringere Steuereinnahmen ab 2026 aufgrund der geplanten Steuergesetzrevision. Beim Zustandekommen dieser Revision ist mit Mindereinnahmen von 1 bis 2 Mio. Franken zu rechnen.

Die Darstellung zeigt die Entwicklung vom Gesamtaufwand nach Arten im mehrjährigen Vergleich. Leichte Steigerungen sind in den meisten Bereichen festzustellen. Wesentlich verändert haben sich der Sachaufwand und die Beiträge an den Ressourcenausgleich, wie ich Ihnen vorher detailliert erklärt habe. Das Nettovermögen sinkt bis 2028 auf rund 56 Mio. Franken, wobei darin seit 2021 rund 80 Mio. Finanzvermögen enthalten sind. Hier die Entwicklung in der Finanzplanperiode in einer neueren Darstellung.

Die Anlagen im Verwaltungsvermögen (oberster Teil der Balken, blau) nehmen gemäss der Investitionsplanung zu bis zum Wert von 80 Mio. Franken im Jahr 2028.

Die Anlagen im Finanzvermögen (Immobilien) bleiben bei rund 81 Mio. Franken (gelber Teil der Balken). Laufende Forderungen (grauer Teil der Balken) bleiben konstant bei rund 24 Mio. Franken. Die flüssigen Mittel (oranger Teil der Balken) nehmen laufend ab. Das Fremdkapital (hellblauer Teil der Balken, zuunterst) nimmt, den Investitionen entsprechend, laufend zu bis zu einem Maximum von 52 Mio. Franken im Jahr 2028. Die grüne Linie stellt die Entwicklung des Eigenkapitals dar und die blaue Linie stellt die Entwicklung des Nettovermögens dar. Oberhalb der schwarzen Linie sind die Assets unterhalb die Schulden. Soviel für die besonders Interessierten.

Das Nettovermögen soll aufzeigen, wie viele Mittel der Gemeinde für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen. Es ist davon auszugehen, dass die Stimmberechtigten der Gemeinde kaum bereit sein werden, Liegenschaften aus dem Finanzvermögen für den Ausgleich von Defiziten der laufenden Rechnung zu liquidieren.

.....

Aus diesen Überlegungen drängt sich auch die Darstellung des Nettovermögens ohne Liegenschaften des Finanzvermögens auf. Die entsprechende Darstellung sieht ab 2014 so aus:

Die negative Selbstfinanzierung als Folge von Investitionen führt in den nächsten vier Jahren zum Abbau des effektiven Nettovermögens und zu einer zusätzlichen Verschuldung ab 2027. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass nach dem Aufbrauchen der flüssigen Mittel die Liquidität mittels Fremdkapital sichergestellt werden muss.

Gegenwärtig befasst sich der Gemeinderat mit der Idee, mögliche zusätzliche Erträge aus den Liegenschaften des Finanzvermögens für preisgünstigen Wohnungsbau zu nutzen. Ein entsprechendes Sachgeschäft könnte die Wohnsituation für viele entspannen und gleichzeitig die Bilanz der Gemeinde von gegenwärtig nicht nutzbaren Werten entlasten.

In der mehrjährigen Darstellung sehen wir die Rechnungen 2019 bis 2023, die Prognose 2024, das Budget 2025 und die Finanzplanung 2026 bis 2028. Die Ertragslinie (grüne Linie) ist im laufenden Jahr über der Aufwandlinie (blaue Linie), um in den Folgejahren wiederum unter der Aufwandlinie zu kommen.

Wir gehen in den Jahren 2025 bis 2028 von einem unveränderten Steuerfuss von 50 % einer Einheit für natürliche Personen und 65 % einer Einheit für juristische Personen aus.

Diese Steuerfüsse sind aus heutiger Sicht mittelfristig haltbar, obwohl sich in der Finanzplanperiode Ausgabenüberschüsse abzeichnen.

Gemäss Finanzplan werden wir alle flüssigen Mittel in der Finanzplanperiode für Investitionen aufbrauchen und sogar Fremdkapital beanspruchen. Für Eskapaden im grösseren Stil stehen keine freien Mittel mehr zur Verfügung.

Die Finanzen der Gemeinde Freienbach zeigen sich gesund und stabil. Die Leistungen für die Allgemeinheit werden bedarfsgerecht und engagiert erbracht und sichern die Attraktivität von der Gemeinde für alle.

Von dieser guten Situation werden 2025 wiederum sehr viele profitieren:

- alle Kantonseinwohner über die entsprechenden Kantons-Steuererinnahmen
- vermehrt die Empfängergemeinden über den horizontalen Ressourcenausgleich
- die Steuerzahler der Gemeinde Freienbach über den tiefen Steuerfuss
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Freienbach
- alle Einwohnerinnen und Einwohner von Freienbach über das reichhaltige und überdurchschnittliche Angebot in allen Bereichen und durch die Investitionen in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit.

Wie jedes Jahr möchte ich deshalb erneut festhalten:
Geht es uns gut, geht es dem ganzen Kanton gut.

Wir kommen zu einer Auswahl von Projekten und Leistungszielen aus den einzelnen Ressorts:

Leistungsauftrag Präsidiales:

Als Schwerpunkt plant das Ressort Präsidiales das Gauklerfäscht und die Realisierung der neuen Website.

Im ausserordentlichen Budget sind 45'000 Franken für einen einheitlichen Auftritt eingesetzt.

Für das erwähnte Gauklerfäscht sind 60'000 Franken und für Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität 50'000 Franken vorgesehen.

Das Globalbudget ist um 90'000 Franken höher als 2024.

Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit:

Die Realisierung des neuen Werkhofes Roggenacker und die Aufstockung des Mehrzweckgebäudes Schwerzi werden das Ressort Liegenschaften und Sicherheit auch im 2025 stark beschäftigen.

Die neuen Heizungsanlagen im Brüel und bei der HZA werden in Betrieb genommen.

Der Bereich Sicherheit will Personunfälle vermeiden.

Im ausserordentlichen Budget sind für die restlichen Schulanlagen Beleuchtungserneuerungen 830'000 Franken und für die Sanierung des Bodenaufbaus im Kindergarten Bäch 175'000 Franken eingeplant.

Für die Erneuerung des Spielplatzes Brüel sind 120'000 Franken und für den Rückbau des Kindergartens Fällmis 70'000 Franken vorgesehen.

Die umfassende Schulraumplanung soll durch externe Spezialisten unterstützt werden, hierfür sind 100'000 Franken eingeplant.

Das Globalbudget 2025 ist um rund 650'000 Franken höher als 2024.

Leistungsauftrag Finanzen:

Der neue Werkhof wird an die ICT-Infrastruktur angepasst, das Inkasso wird mittels eSchKG automatisiert und Bestellungen über den Online-Schalter sollen bei Einwohneramt speditiv verarbeitet werden. Das alles ist wenig spektakulär, aber für die Arbeitserledigung doch wichtig.

Daneben wird die Zusammenlegung der Informatik Freienbach und Wollerau per 2025 operativ.

Im ausserordentlichen Budget werden diverse Informatik-Applikationen für die Verwaltung und die Pflegezentren im Gesamtbetrag von rund 108'000 Franken ergänzt oder erneuert.

Das Globalbudget reduziert sich erneut um 70'000 Franken gegenüber dem Vorjahr.

Die geplanten Steuereinnahmen sind aufgrund der Erfahrungen im laufenden Jahr und aufgrund von Anfragen bei grossen Steuerzahlern stark nach oben angepasst worden. Wegen den zusätzlichen Zahlungen in den Finanzausgleich und der Senkung des Steuerfusses auf 50 % von einer Einheit für natürliche Personen, ist das Globalbudget um rund 3,6 Mio. Franken tiefer als 2024.

Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr:

Schwerpunkt im 2025 bildet der Bezug des neuen Werkhofes Roggenacker.

.....

Weitere Personenunterstände und hindernisfreie Buskanten steigern den Komfort im Bereich öffentlicher Verkehr, dafür sind erneut 200'000 Franken im ausserordentlichen Budget enthalten. Somit sind alle realisierbaren Halteanlagen hindernisfrei.

Im ausserordentlichen Budget sind für die Beleuchtung Schöfflistrasse 150'000 Franken eingeplant, für die Umsetzung von weiteren Tempo-30-Zonen 210'000 Franken. Im Bereich öffentlicher Verkehr wird für 50'000 Franken die Strategie überarbeitet, die vollständige Übernahme der Seedamm-Center Busverbindung schlägt mit 120'000 Franken zu Buche. Eine Steuerzahlerin hat nachgefragt, wieso die Busverbindung übernommen wird. Die 120'000 Franken kamen zustande, als das Seedamm-Center draussen im Grünen stand. Damals hat man extra eine Busverbindung gemacht, damit die Leute dort einkaufen konnten. Mittlerweile ist es nicht mehr so. Das Gebiet ist völlig überbaut. Wir haben die KSA, die Industrie, das Alpamare, das Kulturzentrum etc. dort und diese benutzen den Bus auch. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, wieso das Seedamm-Center diese Buslinie finanzieren soll. Das ist auch keine übliche Praxis im Kanton und es gibt auch keine rechtliche Grundlage dafür. Es ist auch keine reine Gemeindelinie mehr und deshalb ist es auch richtig, dass die Buslinie nicht mehr in Rechnung gestellt wird.

Das Globalbudget 2025 ist gegenüber 2024 um rund 180'000 Franken tiefer.

Leistungsauftrag Raum und Umwelt:

Das Ressort Raum und Umwelt beabsichtigt, die Energieplanung turnusgemäss zu überarbeiten und Entwürfe zur Schutzzonenplanung auszufertigen. Daneben soll die Kommunikation der geplanten Massnahmen aus dem energiepolitischen Programm erfolgen.

Für verschiedene Planungen sind im ausserordentlichen Budget des Ressorts Raum und Umwelt 270'000 Franken eingestellt.

Für das Förderprogramm Energie werden erneut 50'000 Franken eingesetzt.

Das Globalbudget 2025 ist gegenüber 2024 praktisch unverändert.

Leistungsauftrag Gesellschaft:

Das Ressort Gesellschaft wird im Jahr 2025 eine Vergleichsanalyse zwischen der Wirkung des Kinderbetreuungsgesetzes und den Freienbacher Betreuungsgutscheine erstellen. Massnahmen gemäss dem Bericht «Angebot persönliche Hilfe» und das Beschäftigungsprogramm werden umgesetzt. Die soziale Teilhabe im Alter soll gefördert werden.

Im ausserordentlichen Budget sind für zusätzliches temporäres Personal im Asyl- und Flüchtlingswesen 120'000 Franken eingestellt. Eine neue 60 %-Stelle für das Beschäftigungsprogramm und eine 40 %-Stelle für die Sachbearbeitung im Bereich des Kinderbetreuungsgesetzes werden zusammen 108'000 Franken kosten.

Das Ressort Gesellschaft zeigt ein um 550'000 Franken tieferes Globalbudget gegenüber dem Budget 2024 auf.

Leistungsauftrag Pflegezentren:

Die Pflegezentren streben zusätzliche Unterstützung durch Modernisierungen von IT-Lösungen an.

Da die Pflegezentren spezialfinanziert sind, ist das Globalbudget immer ausgeglichen. Für das Jahr 2025 ist eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 225'000 Franken geplant. Die Auslastung und der Pflegebedarf, sowie die von übergeordneten Stellen festgelegten Beiträge bestimmen diese Position. Bei diesem Defizit der Jahresrechnung sind keine Kosten für die Amortisation der Liegenschaften enthalten, da diese Liegenschaften über das ordentliche Gemeindebudget abgeschrieben wurden.

Leistungsauftrag Bildung:

Im nächsten Jahr soll die digitale Kommunikation zur Hauptsache über die Pupil Connect App erfolgen. In herausfordernden Situationen sollen die Lehrpersonen niederschwellig unterstützt werden.

Im ausserordentlichen Budget sind 123'000 Franken für Besoldungsanpassungen von Lehrpersonen vorgesehen. Hierbei handelt es sich um Anpassungen, die nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegen.

Der Flügel in neuen Singsaal Schwerzi soll nach vielen Jahren ersetzt werden, dafür sind 70'000 Franken eingeplant.

Das Globalbudget 2025 ist um rund 1,733 Mio. Franken tiefer als 2024, dies infolge der neuen Kantonsbeiträge an die Lehrerbeseoldung.

Leistungsauftrag Musikschule:

Das Globalbudget steigt nach jahrelanger Stabilität um 88'000 Franken gegenüber dem Vorjahr. Dies insbesondere wegen des 50-jährigen Jubiläums.

Hier sehen Sie den Zusammenzug aller Globalbudgets mit dem budgetierten Ausgabenüberschuss von 3'321'000 Franken.

Nun jetzt gebe ich für die Diskussion das Wort an unseren Gemeindepräsidenten Guido Cavelti zurück.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Ich danke dem Säckelmeister für seine Ausführungen.

Ich bitte nun um Bericht und Antrag der RPK und gebe das Wort dem Präsidenten, Gert van der Meer.

Gert van der Meer, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Sie finden unseren vollständigen Bericht auf der Seite 73 in der Botschaft. Als Rechnungsprüfungskommission haben wir gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz den Voranschlag 2025, bestehend aus den Leistungsaufträgen, der Globalbudgets, der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, als Bestandteil des Finanzplans 2025 – 2028 beurteilt. Ebenso haben wir den Steuerfuss beurteilt. Gemäss unserer Beurteilung entsprechen der Finanzplan sowie der Voranschlag den gesetzlichen Bestimmungen.

.....

Aufgrund der vorliegenden Prüfungsergebnisse empfiehlt die Rechnungsprüfungskommission:

1. Den Voranschlag 2025 mit einem Aufwandüberschuss von 3'320'700 Franken und einem Steuerfuss von 50 % einer Einheit für natürliche Personen beziehungsweise einem Steuerfuss von 65 % einer Einheit für juristische Personen sowie mit Nettoinvestitionen von 21'156'000 Franken zu genehmigen.
2. Die Leistungsaufträge und die Globalbudgets der jeweiligen Verwaltungsbereiche zu genehmigen.

Besten Dank auch im Namen meiner RPK-Kolleginnen und Kollegen:
Norbert Knechtle, Stephanie Eichenberger, Patric Berger und Andrea Macic.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Besten Dank, Herr Präsident. Wir kommen jetzt zur Beratung des Budgets. Wie ich bereits sagte, werden wir jeden Leistungsauftrag separat diskutieren und bereinigen. Die Diskussion und Beschlussfassung über den Steuerfuss erfolgt unter dem Leistungsauftrag Finanzen am Schluss der Debatte. Wenn wir alle Leistungsaufträge bereinigt haben, folgt dann die Schlussabstimmung über das gesamte Budget.

Damit wir Ordnung in der Diskussion haben, bin ich sehr dankbar, wenn Sie sich unter den jeweiligen Leistungsaufträgen zu Wort melden und dort auch Ihre Anträge stellen.

Zuerst möchte ich jetzt aber die Gelegenheit für Wortmeldungen allgemeiner Art geben. Wenn Sie dabei bereits bei diesen allgemeinen Voten Anträge zu verschiedenen Leistungsaufträgen stellen möchten, können Sie das tun. Wir würden diese Anträge aber im Rahmen der jeweiligen Leistungsaufträge beraten und auch dort darüber abstimmen.

Wenn Sie einen Antrag stellen möchten, aber nicht sicher sind, welcher Leistungsauftrag davon betroffen ist oder wenn mehrere Leistungsaufträge betroffen sind, bitte ich Sie ebenfalls, sich im Rahmen dieser allgemeinen Debatte zu melden. Dies damit wir vermeiden können, dass wir im Rahmen der Diskussion der einzelnen Leistungsaufträge allenfalls wieder auf Leistungsaufträge zurückkommen müssen, die wir bereits bereinigt haben. Selbstverständlich sind aber grundsätzlich bis zur Schlussabstimmung Anträge zu allen Leistungsaufträgen möglich.

Ich eröffne nun die Diskussion für allgemeine Wortmeldungen und Anträge über mehrere Leistungsaufträge oder Anträge, bei welchen unklar ist, welche Leistungsaufträge sie betreffen. Das Wort ist frei.

Carmen Muffler, SP

Geschätzter Gemeindepräsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Mein Name ist Carmen Muffler. Ich darf heute Abend als Präsidentin der SP Freienbach zu Ihnen sprechen. Wie Sie vielleicht wissen, ist die SP nicht im Gemeinderat vertreten. Wir sehen uns deshalb gerne als Opposition in dieser Gemeinde. Als Opposition ist es unsere Aufgabe den Gemeinderat festzunageln. Sowohl im Guten wie auch im Schlechten. Darum möchten wir die Gelegenheit nutzen, dem Gemeinderat ein Kränzchen zu winden. Wie Sie

.....

wissen, wird das Leben in der Schweiz immer teurer. Deshalb ist es wichtig, dass der Arbeitgeber seinen Angestellten einen Teuerungsausgleich gewährt. Ansonsten können sich die Menschen mit dem gleichen Lohn immer weniger leisten. Das Leben wird teurer, aber der Lohn bleibt gleich. Sehr erfreut haben wir festgestellt, dass der Gemeinderat bei seinen Angestellten den vollen Teuerungsausgleich gewährt und somit sehr vorbildlich als Arbeitgeberin agiert. Das ist nicht selbstverständlich. Der Kanton macht das zum Beispiel nicht. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für seine sehr arbeitnehmerfreundliche Entscheidung. Gerade zu Zeiten des Fachkräftemangels ist es wichtig, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Besten Dank, Carmen Muffler. Carmen Muffler hatte dieses Votum angekündigt. Wir waren nervös, was genau kommen wird. Das haben wir nicht erwartet. Dieses Kompliment nimmt der Gemeinderat dankend entgegen.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Keine weiteren Wortmeldungen.

Wir beginnen mit dem Leistungsauftrag Präsidiales. Sie finden diesen auf den Seiten 10 und 11 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf der Seite 12 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Präsidiales.

Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit. Sie finden diesen auf den Seiten 16 bis 19 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf der Seite 18 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Liegenschaften und Sicherheit.

Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr. Sie finden diesen auf den Seiten 28 und 29 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf der Seite 29 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Tiefbau und Verkehr.

Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Raum und Umwelt. Sie finden diesen auf den Seiten 32 bis 35 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf den Seiten 33 und 34 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Raum und Umwelt.

Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Gesellschaft. Sie finden diesen auf den Seiten 38 bis 41 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf den Seiten 39 und 40 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Gesellschaft.

Keine Wortmeldung.

Wir fahren weiter mit dem Leistungsauftrag Pflegezentren. Sie finden diesen auf den Seiten 42 und 43 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf der Seite 43 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Pflegezentren.

Keine Wortmeldung.

Wir kommen zum Leistungsauftrag Bildung. Sie finden diesen auf den Seiten 46 bis 49 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf den Seiten 47 und 48 grau hinterlegt.

Bevor wir zur Beratung des Leistungsauftrags Bildung kommen, möchte ich Sie in ein Thema einführen, das anschliessend zu reden geben wird. So ist es zu erwarten. Es ist uns ein Anliegen, dass Sie verstehen, um was es geht.

Die Gemeindeschule Freienbach bietet in Bäch, Wilen und Pfäffikon eine Modulare Tagesschule an. Modular bedeutet, dass Eltern je nach Bedürfnis zwischen verschiedenen Betreuungsmodulen auswählen können. Sie können beispielsweise eine Ganztagesbetreuung buchen oder aber auch nur eine Mittagsbetreuung oder andere Module.

Das Angebot ist beliebt und wird rege genutzt. In den letzten vier Jahren haben sich die Belegungen praktisch verdoppelt.

Jetzt hat der Gemeinderat im Juli 2024 eine Tarifierhöhung für alle Tagesschulen und den Mittagstisch per 1. Februar 2025 beschlossen. Um durchschnittlich 37 %. Den betroffenen Eltern ist dies im Spätsommer kommuniziert worden.

Tarifierhöhung heisst beispielsweise

- Ganztagesbetreuung bisher 80 Franken, neu 110 Franken
- Mittagsbetreuung bisher 20 Franken, neu 27 Franken

Die Tarifierhöhung hat bei Eltern zu Fragen, Unverständnis, Ärger, Wünsche und Forderungen geführt. Es sind Schreiben, Mails, Telefone bei der Gemeinde eingegangen. Auch Leserbriefe sind veröffentlicht worden. Der Gemeinderat respektiert Rückmeldungen und nimmt sie Ernst und hat darum am 30. November eine Orientierungsveranstaltung für die betroffenen Eltern durchgeführt. Der Gemeinderat hat dort seine Haltung dargelegt und Fragen seitens der anwesenden Eltern beantwortet.

Die Frage, wieso der Gemeinderat eine Tarifierhöhung macht ist verständlich und nicht einfach zu verstehen. Entspricht das der Gemeinde, welche sich lebenswert, lebendig, familienfreundlich auf die Fahne geschrieben hat? Eine Gemeinde, die so viel Überschuss hat?

Ich möchte die Haltung des Gemeinderats kurz darlegen.

2015 gab es ein Sachgeschäft, d.h. eine Volksabstimmung über die Einführung der ersten Tageschule in Bäch. Dem Geschäft ist zugestimmt worden und mit diesem ist ein jährlich wiederkehrender Kredit, eine Ausgabenbewilligung von maximal 210'000 Franken gesprochen worden. Das Volk hat also gesagt, so gross darf das maximale Defizit ausfallen.

2023 war es das erste Mal, dass dieser Kredit in Bäch mit einem effektiven Defizit von 256'000 Franken nicht mehr ausreichte. Das heisst, der Gemeinderat hat zusammen mit dem Schulrat überlegen müssen, was er macht, um die ursprüngliche Ausgabenbewilligung einzuhalten. Es ist wie bei einer Unternehmung. In einer solchen Situation reduziert sie entweder die Kosten, evtl. auch die Qualität oder man erhöht die Preise, oder macht beides.

Für die Tagesschulen in Wilen und Pfäffikon gilt das gleiche. Sie haben die gleichen Rahmenbedingungen mit analogem Kostenmodell und Tarifen. Das bedeutet, auch für Wilen und Bäch wird mehr ausgegeben, als eigentlich von der Stimmbürgerschaft zugestanden wurde.

Neben Tarifen und Tariferhöhung gibt es auch noch eine andere Seite. Bisher sind die Eltern mit Betreuungsgutscheinen durch die Gemeinde unterstützt worden. Bis zu einem Einkommen von 65'000 Franken konnten Betreuungsgutscheine beantragt werden. Neu hat der Kanton per 1. Juni 2024 ein Kinderbetreuungsgesetz in Kraft gesetzt. Dieses wird die Betreuungsgutscheine der Gemeinde ablösen. Mit dem Kinderbetreuungsgesetz erhalten Familien finanzielle Unterstützung bis zu einem massgebenden Einkommen von 153'215 Franken Das ist deutlich mehr als mit den Betreuungsgutscheinen und zeigt sich mittlerweile auch in der Anzahl Familien, welche von der Unterstützung profitieren.

Zusammenfassend hat der Gemeinderat die Tarife für die Tagesschule erhöht, bzw. um der ursprünglichen Ausgabenbewilligung durch das Volk gerecht zu werden – bzw. sagen gerechter zu werden, denn auch mit der Tariferhöhung ist Tagesschule nicht kostendeckend. Und das im Wissen darum, dass das kantonale Kinderbetreuungsgesetz neue und breitere Unterstützung bietet als bisher.

Es ist klar, dass die Tariferhöhung verbunden mit einem Systemwechsel zu unterschiedlichen Auswirkungen führt. Zu unterschiedlichen Folgen für die Eltern. Die einen fahren besser, die anderen fahren nicht besser oder schlechter. Die Auswirkungen sind auch wirklich nicht klar. Darum ist es auch ein Leistungsziel des Ressorts Gesellschaft, 2025 eine Vergleichsanalyse zwischen kantonalem Kinderbetreuungsgesetz und der bisherigen Gemeindelösung mit Betreuungsgutscheinen zu machen. So steht es in der Botschaft auf Seite 39.

Noch ein letztes Wort: Für Härtefälle gibt es Lösungen. Familien, die durch die Tariferhöhung in eine finanziell schwierige Situation geraten, können sich bei der Fachstelle Familien melden. Da wird ihnen geholfen.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Bildung.

Andrea Kümin, die Mitte Freienbach

Geschätzter Gemeindepräsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Mitte stellt den Antrag, das Globalbudget Bildung um 320'000 Franken zu erhöhen, damit die bisherigen Tarife der Modularen Tagesschule fürs kommende Kalenderjahr beibehalten werden können.

Wir haben gehört, dass der Gemeinderat beschlossen hat, die Tarife für die Mittags- und Tagesbetreuung während eines laufenden Schuljahrs ab dem 1. Februar 2025 um bis zu 37 % zu erhöhen. Die Mitte ist der Auffassung, dass eine Erhöhung in diesem Ausmass und in dieser Geschwindigkeit zu heftig ist. Das geht zu weit. Nach den Ausführungen des Säckelmeisters haben wir begriffen, dass ein Budget von Kalenderjahr zu Kalenderjahr gemacht wird. Die Familien funktionieren anders. Sie organisieren sich von Sommer zu Sommer, also von Stundenplan zu Stundenplan. Während diesem Zeitraum die Preise so horrend anzupassen, kann für viele Familien zu einem Problem werden. Stellen Sie sich vor, Ihre Miete erhöht sich auf einmal um 37 %. Die Spielregeln wurden während des laufenden Spiels verändert. Das ist für die Mitte kein Fairplay. Wir haben gehört, dass sich der Gemeinderat auf das Sachgeschäft der Einführung der Tagesschule Bäch 2015 bezogen hat. Der Kredit wurde überschritten und deshalb erfolgten die Preisanpassungen. Mit über 1'250 Belegungen pro Woche hat die Gemeinde die Zeichen der Zeit erkannt. Die familienergänzende Kinderbetreuung hat sich etabliert und es ist ein Erfolgsmodell. In unserem Antrag von 320'000 Franken können die Tarife für die modulare Tagesschule für das nächste Jahr so beibehalten werden. Der Gemeinderat kann sich im Laufe des Jahrs 2025 Zeit verschaffen, um die Auswirkungen im Detail zu prüfen. Wir bitten den Gemeinderat im Laufe des Jahres 2025 die Grundlagen zu erarbeiten. Ab 2026 sollte eine familienfreundlichere Lösung umgesetzt werden. Wenn nötig mit einer moderaten Erhöhung. Noch eine persönliche Anmerkung zum Schluss: Ich stehe nicht im eigenen Interesse hier. Obwohl wir vier Kinder haben, nutzen wir dieses Angebot nicht. Wir haben es noch nie genutzt und wir werden es voraussichtlich auch nicht nutzen. Für mich ist klar, dass Familien einen sehr grossen Beitrag für eine lebenswerte, lebendige Gemeinde Freienbach leisten. Deshalb bitte ich sie, dem Antrag der Mitte zuzustimmen.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Vielen Dank Andrea Kümin. Ich sehe weitere Wortmeldungen.

Carmen Muffler, SP Freienbach

Geschätzte Damen und Herren

Ich darf nochmals als Vertreterin der SP Freienbach zu Ihnen sprechen. Wir haben den Sachverhalt zur Erhöhung der Tarife zur modularen Tagesschulen dargelegt bekommen. Wie Sie vielleicht im Höfner Volksblatt gelesen haben, hat die SP bereits bei der Bekanntgabe der Tarifierhöhung im September mit einer Medienmitteilung das Vorgehen des Gemeinderats stark kritisiert. Wir haben bereits dort angekündigt, dagegen vorzugehen. Seither sind Vertreterinnen und Vertreter im Austausch mit anderen Parteien und dem Elternrat gewesen. All diese Gespräche haben dazu geführt, dass wir heute ebenfalls einen Antrag stellen. Der Antrag lautet genau gleich wie der Antrag der Mitte. Viele Argumente wurden bereits genannt. Ich möchte eines noch wiederholen bzw. noch ins Spiel bringen. Aufgrund einer Volksinitiative der kantonalen SP hat der Regierungsrat des Kantons Schwyz ein neues Kinderbetreuungsgesetz ausgearbeitet, welches klar zum Ziel hat, die Eltern in der Kinderbetreuung mehr zu entlasten. Nicht nur für die tiefsten Einkommen, sondern auch für den Mittelstand. Wieso jetzt die Tarife für die Kinderbetreuung erhöht werden - was leider auch in ein paar anderen Gemeinden passiert ist - ist nicht im Sinne der Erfinderin. Im September hat auch der FDP Regierungsrat Damian Meier in einer Fragestunde

.....

im Kantonsrat betont und gesagt, dass sie das im Auge behalten und gegebenenfalls intervenieren. Das ist absolut verständlich. Es kann nicht sein, dass der Kanton den Eltern mehr Geld bezahlt, nur damit anschliessend die Preise erhöht werden und das Geld eins zu eins weiterwandert und eben nicht bei den Eltern bleibt. Es wandert eben auch nicht eins zu eins weiter. Im Mittelstand ist in dieser Gemeinde diese Erhöhung so hoch, dass die Kantonsbeiträge gar nicht reichen, um es auszugleichen. Wir von der SP stellen und klar gegen das Melken des Mittelstands und gegen diese massive Mehrbelastung der Freienbacher Familien. Deshalb beantragen auch wir die Erhöhung des Globalbudgets um 320'000 Franken.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen?

Alexander Lacher

Geschätzter Gemeindepräsident, geschätzte Damen und Herren

Ich komme aus Pfäffikon und spreche als Vertreter des erwähnten Mittelstands. Ich bin Vater von zwei Jungs, die bald schulpflichtig sind und welche auch auf diese Tagesschule angewiesen sein werden. Unsere Familie wäre von dieser happigen Tariferhöhung direkt betroffen. Sie erleben nun einen raren Moment, in dem ich Carmen Muffler von der SP Recht gebe. Ich beantrage Ihnen, auf diese Tariferhöhung zu verzichten und das Globalbudget Bildung um die genannten 320'000 Franken zu erhöhen. Es gibt bei der Begründung jedoch gewisse Nuancen, die ich gerne ausführen möchte. Die geplante Tariferhöhung ist Gift für unseren Mittelstand. Die einkommensschwächeren Schichten werden diese Tariferhöhung durch die kantonalen Betreuungsgutscheine nicht spüren. Ich kenne übrigens Leute, die heute nicht gekommen sind, weil es ihnen egal ist, wenn die Besserverdienenden mehr bezahlen müssen. Ich möchte, dass Sie mich richtig verstehen. Ich finde es richtig, dass die Einkommensschwächeren subventioniert werden. Genau diese Familien sind meistens auf den doppelten Verdienst angewiesen. Aber mit diesem Neiddenken kommen wir nicht weiter. Auf der anderen Seite haben wir die einkommensstarken Schichten, die Reichen. Die – und auch das ist richtig so – überproportional von den geplanten Steuerentlastungen auf Stufe Kanton und Stufe Gemeinde profitieren werden. Auch sie werden die Tariferhöhung nicht wirklich spüren. Wenn sie ihre Kinder überhaupt noch an die öffentliche Schule schicken. Der Mittelstand ist einmal mehr der grosse Verlierer. Meine Damen und Herren, wir sprechen vom Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir sprechen von Müttern und Vätern, die als Leistungsträgerinnen und Leistungsträger das Fundament der Wirtschaft und der Gemeinde bilden. Diese mittelständischen Familien lassen wir derart im Regen stehen und erst noch in einer Gemeinde, die nicht mehr weiss wohin mit dem Geld. Eine Gemeinde die gefühlt die zuhinterst und letzte Liegenschaft bereits dreimal abgeschrieben hat. Wir haben es gehört: 8,36 Mio. Franken ausserordentliche Abschreibungen. Eine Gemeinde, die erst gerade für die ständig wachsende Verwaltung einen grosszügigen Teuerungsausgleich beschlossen hat. Wollen wir das wirklich? Die Frage, die sich uns heute bei der Gemeindeversammlung stellt, ist einfach. Wollen wir auch für den Mittelstand eine fortschrittliche und familienfreundliche Gemeinde sein? Sie entscheiden. Aus all diesen Gründen beantrage ich Ihnen, die Streichung der geplanten Tariferhöhung bzw. die Erhöhung des Globalbudgets um die genannten 320'000 Franken. Jetzt kommen die Nuancen zu meinen Vorrednerinnen. Im Gegensatz zu ihnen vertraue ich dem Gemeinderat, dass er das einfache und klare Signal des Bürgers politisch verantwortungsvoll interpretieren wird. Für diese Budgeterhöhung benötigt es auch keine Befristung oder irgendwelche Angebotsüberprüfungen, Standortbestimmungen und dergleichen

mehr. Lassen wir die Verwaltung, die jetzt bereits mit einem eklatanten Lehrpersonenmangel kämpfen muss, nicht noch mit diesen zusätzlichen, unnötigen Analysen, Berichten beüben. Das macht unser Kanton sonst schon genug. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute Abend ein Zeichen für den Mittelstand in der Gemeinde setzen. Ich danke für die Unterstützung.

Giuseppe Di Tommasa, FDP

Guten Abend verehrte Gemeinderäte, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ich spreche im Namen der FDP. Es ist für mich nun eine schwierige Situation, denn ich habe einen anderen Vorschlag. Auch wir von der FDP stellen einen Antrag, das Budget zu erhöhen. Das Budget soll einmalig um 160'000 Franken erhöht werden, damit die bereits diskutierten Änderungen nicht im laufenden Schuljahr erfolgen. Das Argument, dass Familien von Schuljahr zu Schuljahr planen, ist sehr gut verständlich. Dementsprechend ist eine Änderung in der Mitte des Schuljahrs schwierig umsetzbar. Grundsätzlich sind wir von der FDP allerdings der Meinung, dass die beschlossenen Tarifierhöhungen angemessen sind. Das aus den folgenden Gründen:

1. Die erwähnte Zahl von 37 % zählt nicht für alle Familien. Das zählt nur für gewisse Personen. Unter den neuen Tarifen gibt es auch Familien – insbesondere bei den einkommensschwächeren Familien – die von der Änderung profitieren. Für den Mittelstand sind die Änderungen schrittweise spürbar. Das ist aus unserer Sicht eine faire Anpassung, da gewisse Familien die heute genutzten Vergünstigungen nicht in diesem Ausmass nutzen, aber eigentlich nicht benötigen.
2. Die Veränderungen der Aufgaben der Tagesschulen ist ein weiterer Punkt. Es wurde beschlossen, dass beim Mittagstisch nur noch Fachpersonen eingesetzt werden dürfen. Früher durften das auch Freiwillige machen. Das führt natürlich zu Mehrkosten. Aus unserer Sicht ist es nur fair, dass die politischen Kräfte, die diese Veränderungen gewünscht haben, auch vertreten, dass die Kosten steigen und auch getragen werden müssen.
3. Das öffentliche Angebot in der Gemeinde Freienbach steht in Konkurrenz zum privaten Angeboten. Wir müssen auch Rücksicht auf Anbieterinnen und Anbieter von privaten Lösungen nehmen. Durch eine übermässige Subvention durch die öffentliche Hand, kommen sie in Bedrängnis, da sie das nicht so umsetzen können.

Aus diesen Gründen sind wir von der FDP für ein klares, faires und insbesondere für ein pragmatisches Modell. Wir beantragen, dass das Budget einmalig um 160'000 Franken erhöht wird, damit die Änderung nicht mitten im Schuljahr erfolgt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Guido, Cavelti, Gemeindepräsident

Ich muss nun vielleicht noch etwas zu den 320'000 Franken und den 160'000 Franken sagen. 320'000 Franken ist der effektive Aufwand den wir benötigen, um auf die alten Tarife zurückgehen zu können. Das ist der zu leistende Aufwand. Dementsprechend wird für ein halbes Schuljahr 160'000 Franken benötigt. Jetzt habe ich hier vorne noch eine Hand gesehen.

Monika Zimmerli, Elternrat (Vize Präsidentin)

Liebe Freienbacherinnen und Freienbacher

Ich habe bereits in meinen Jugendjahren viel Zeit hier in Freienbach verbracht und wohne seit vielen Jahren wieder mit meiner Familie hier. Pfäffikon ist mein Zuhause und es soll

auch das Zuhause meiner Kinder bleiben. Heute sind Regula Züger (Präsidentin vom Elternrat) und ich als Vizepräsidentin hier, um als Elternratsvertreter von Pfäffikon die Anliegen der Familien zu vertreten. Wir sind beide arbeitstätige Mütter. Wir haben als Elternrat selber einen Antrag für die heutige Gemeindeversammlung vorbereitet. Der Antrag stimmt aber inhaltlich mit dem Antrag der Mitte überein, daher werden wir darauf verzichten, selbst einen Antrag zu stellen. Wir unterstützen den Antrag der Mitte zur Budgeterhöhung für die Tagesschulen. Im Namen des Elternrats möchten wir unsere Position zur Unterstützung unserer Kinder und Familien darlegen. In den letzten Monaten haben viele von uns den Eindruck bekommen, dass zentrale Themen der Kinder- und Familienpolitik nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Besonders die Eröffnung der neuen Tagesschule in Pfäffikon im August dieses Jahrs, gefolgt mit der abrupten Preiserhöhung von bis zu 37 % hat viele Eltern überrascht und verunsichert. Die schnelle und weitreichende Erhöhung nur 1,5 Monate nach der Eröffnung der Tagesschule wird als unangemessen empfunden. Sie ist ohne Vorwarnung und ohne ausreichende, vorbereitende Gespräche / Informationen gekommen. Der plötzliche Anstieg hat viele Familien unvorbereitet getroffen, besonders jene Eltern, die keine Unterstützung durch die Grosseltern oder Freunde bekommen. Für diese Eltern bedeutet das eine enorme Belastung. Eine Alternative zur Tagesschule gibt es für viele nicht. Die Kinder haben sich inzwischen in der Tagesschule eingewöhnt und ein Wechseln in eine private Institution wäre nicht zum Wohl der Kinder. Wir fühlen uns durch die mangelnde Kommunikation und Transparenz vor den Kopf gestossen und fordern offenere und klarere Informationspolitik. Es ist uns wichtig, dass zukünftige Entscheidungen transparent und gemeinsam mit den betroffenen Familien getroffen werden. Wir hoffen, dass der Dialog in der Zukunft offen und konstruktiv bleibt, damit Lösungen die Bedürfnisse der Familien besser berücksichtigen. Der Elternrat unterstützt deshalb den Antrag der Mitte von Andrea Kümin. Wir sind überzeugt, dass die Investition in die Förderung und Betreuung unserer Kinder von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Gemeinde ist.

Regula Züger, Elternrat (Präsidentin)

Auch ich als Präsidentin des Elternrats darf dazu noch etwas sagen. Ich muss hier noch sagen, dass wir als Familie nicht von diesem Angebot profitieren. Ich kenne aber viele Leute im Umfeld und im Elternrat, die vom Angebot profitieren. Wir als Elternrat sind das Sprachrohr für viele Eltern, die keine Sprache in dieser Gemeinde haben. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Elternrat fungieren können und auch für ihre Interessen eintreten. Wir unterstützen grundsätzlich vielfältige Angebote / Familienmodelle. Wir sind nicht nur für eine Form. Wir unterstützen alles. Was uns wichtig ist, dass wir eine kinderfreundliche und familienorientierte Gemeinde sind. Wir setzen uns auch für diese Interessen ein. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und sie machen unsere Gesellschaft aus. Sie prägen das Vereinsleben. Ohne unsere Kinder leben auch unsere Vereine nicht. Wir – insbesondere unsere Kinder – tragen dazu bei. Deshalb stelle ich auch die Frage: Was ist uns das Wert? Was sind uns die Kinder Wert? Wieviel möchten wir in unsere Kinder investieren? Welche strategische Ausrichtung verfolgt unsere Gemeinde in dieser Hinsicht? Wo möchten wir hin, wenn wir sagen, dass wir lebensnah und familienfreundlich sind? Da frage ich mich schon, wenn ich diese kurzfristigen, politischen Interessen betr. Steuersenkungen wann immer möglich, sehe, wo ist die gesellschaftliche Nachhaltigkeit? Aus unserer Sicht braucht es klare und langfristige Ziele, die sich auf eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft ausrichten. Das sind auch unsere Kinder und hier sollten wir investieren. Ich habe vorhin zusammengerechnet: 37 Mio. Franken. Ich habe es vorhin fast als einen Affront empfunden, als Alain Homberger sagte, dass unsere Kinder 37 Mio. Franken kosten. Das gehört dazu. Bildung macht uns aus. Was wären wir ohne Bildung?

Als Elternrat sind wir bereit, weiterhin sehr aktiv an diesem Leben teilzuhaben und es auch zu unterstützen. Wir stehen für eine kinderfreundliche und familienorientierte Gemeinde ein. Der Elternrat macht in der Gemeinde Freienbach sehr viel für Familien und Kinder. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der Mitte. Vielen Dank.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Vielen Dank für diesen Input. Alain wurde herausgefordert.

Alain Homberger, Gemeinderat

Vielen Dank für das schöne Votum. Ich wurde herausgefordert. Es ist ein Affront, wenn ich Zahlen aus dem Budget vorlese? Das finde ich doch eigenartig. Wer mich kennt weiss, dass ich niemanden vor den Kopf stossen möchte. Ich sage einfach, wie es ist. Das ist auch meine Aufgabe als Säckelmeister. Für das wurde ich auch gewählt. Ich muss die Zahlen wiedergeben, die Tatsachen sind. Das ist der erste Punkt. Punkt zwei ist, dass niemand vom Gemeinderat Freienbach a priori die Steuern senken will. Das ist ein völliger Humbug. Das ist das gleiche, wie wenn man sagt, dass man das Geld lieber in der Gemeinde ausgeben soll, anstatt in den Finanzausgleich zu schicken. Das ist einfach sachlich falsch. Wir sind gemäss Finanzhaushaltsgesetz gezwungen, die Steuern zu senken, wenn wir zu viel Steuereinnahmen haben. Wir beschönigen das, indem wir zusätzliche Abschreibungen machen, damit uns der Kanton als Aufsichtsbehörde nicht auf die Schliche kommt. Wir sind nach drei Jahren zu viel Steuereinnahmen dazu verpflichtet, es über den Steuerfuss auszugleichen. Wenn wir das täten, wären wir jetzt bei 35 %. Das ist nicht, weil wir das wollen, sondern weil das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons Schwyz das verlangt. Also bitte halten Sie sich zurück mit Angriffen. Wir halten uns nur an das, was wir müssen und wir sind ganz sicher kinderfreundlich und machen alles Notwendige. Niemand wehrt sich gegen gute Ideen. Das wollte ich sagen. Es war unfair, was vorhin gesagt wurde.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Ich habe eine weitere Hand gesehen. Kim Pfadenhauer und nachher Lorenz Ilg.

Kim Pfadenhauer, Präsident SVP Freienbach

Geschätzter Gemeindepräsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der SVP Freienbach ist es sehr wichtig, dass das Angebot für externe Kinderbetreuung den gesellschaftlichen Bedürfnissen entspricht, eine gute Qualität aufweist und dass sich jede Familie ein solches Angebot leisten kann, wenn sie ein solches Angebot benötigt. Genau das bietet die Gemeinde Freienbach aus unserer Sicht heute. Das Angebot ist umfassend und entspricht der existierenden Nachfrage und wird laufend sowie im Einklang mit den gesellschaftlichen und nachfrageseitigen Veränderungen durch den Gemeinderat weiterentwickelt. Wie auch der Gemeinderat haben wir in den letzten Wochen und Monate gerechnet und gerechnet, was die Tarifierhöhung im Zusammenhang mit der erwähnten kantonalen Gesetzesänderung und den kantonalen Betreuungsgutscheinen genau ausmacht und um zu schauen, dass nicht jemand ungewollt durch ein Raster fällt. Dabei sind wir zum folgenden Schluss gekommen: Fairnesshalber gegenüber dem Gemeinderat ist festzuhalten, dass die unteren und mittleren Einkommensklassen mit einem kantonalen Gutschein besser fahren als heute und das trotz der gemeinderätlichen Tarifierhöhung. Familien mit einem steuerbaren Einkommen von 65'000 Franken zahlen neu 34 Franken für eine Ganztagsbetreuung. Das sind 44 Franken weniger als heute. Bei einem steuerbaren

.....

Einkommen von 90'000 Franken kommt man neu auf ca. 54 Franken. Das sind immerhin 24 Franken weniger als heute. Bei beiden Beispielen ist die Tarifierhöhung bereits eingerechnet. Wir haben es auch gehört. Die grössten Leidtragenden sind die oberen Einkommensklassen. Diese Form der Umverteilung finden wir von der SVP Freienbach als sehr störend. Die Schuld dafür trägt aber nicht die Gemeinde. Sie kennt für alle Einkommensstufen nur einheitliche Tarife und hat sie für alle Einkommensstufen gleichermassen erhöht. Die Umverteilung erfolgt im neuen kantonalen Gesetz. Dort ist es so verankert, weil es eine kantonale SP Initiative explizit so haben wollte. Die kantonale Gesetzgebung wäre deshalb auch der richtige Ort, um diesen Umstand zu korrigieren. Wir haben im Kantonsrat am letzten Mittwoch die Steuern für die natürlichen Personen gesenkt und auch heute haben wir auch vor, die Steuern in der Gemeinde zu senken. Davon profitieren frankenmässig eher die oberen Einkommensklassen. Sie sehen, wir setzen uns auf allen Stufen für das Wohl von allen Einkommensklassen ein. Schlussendlich ist es wohl ein gut schweizerischer Kompromiss, jeder ist nicht ganz zufrieden, doch jeder hat etwas davon. Die einen werden die kantonalen Betreuungsgutscheine mehr spüren, als die Steuersenkungen und die anderen, die keine Betreuungsgutscheine vom Kanton erhalten, werden die Steuersenkungen mehr spüren. Aus unserer Sicht braucht es keinen Bericht zu unserem öffentlichen, familienexternen Familienangebot. Eine umfassende Prüfung der Angebote findet bereits laufend durch den Gemeinderat statt und es werden daraus die richtigen Massnahmen abgeleitet. Wie zum Beispiel bei der Eröffnung der Tagesschule in Wilen vor zwei Jahren. Ob wir jetzt aufs nächste volle Schuljahr, sprich im Sommer, die Tarifierhöhung vollziehen möchte, soll heute Abend jeder für sich entscheiden. Februar fänden wir besser, da man schneller sehen würde, ob und wo Nachverbesserungen angestellt werden können oder gemacht werden müssen. Wir verstehen aber auch, wenn die Eltern mehr Zeit benötigen, um einen solchen kantonalen Betreuungsgutschein zu holen. Dem möchten wir nicht im Weg stehen. Die Tarife für alle so beizubehalten wie bisher können wir uns momentan finanziell sicher leisten. Wir könnten uns aber auch die Luegeten oder etwas Anderes leisten. Die Frage dabei ist für uns aber immer, wie sinnvoll und wie weitsichtig so etwas ist. Eine doppelte Subventionierung bei den Kinderbetreuungsangeboten der Gemeinde, das heisst mit einem Kantonsgutschein und mit einem günstigen Tarif der Gemeinde, erachtet die SVP Freienbach als nicht sinnvoll. Wir laufen dabei Gefahr, die privaten Anbieter derart stark zu unterbieten, dass sie wegfallen könnten. Solche Ausfälle von Betreuungsangeboten müsste die Gemeinde auffangen und das wir sehr bald, sehr schnell ins Geld gehen. Neue Tarifdiskussionen in naher Zukunft wären vorprogrammiert ebenso auch Diskussionen über die hohe Qualität des Angebots oder sogar darüber, ob alle heutigen Schulstandorte wirklich so notwendig sind. Diese Fragen sind auch der Sicht der SVP Freienbach aktuell geklärt und diese Büchse möchten wir nicht öffnen. In diesem Zusammenhang dürfen wir auch die grosse Anzahl an Familien, die ihre Kinder Zuhause betreuen nicht vergessen. Sie alle haben von unserer heutigen Diskussion nichts, müssen aber aus unserer Sicht zwingend in der Gesamtüberlegung, wie sich unsere Schullandschaft weiterentwickeln soll, eine grosse Rolle spielen. So wie alle anderen Familien auch. Wir appellieren an alle Familien, die ihre Kinder familienextern betreuen lassen, nehmen sie einen solchen kantonalen Betreuungsgutschein in Anspruch. Für das sind sie schliesslich da. Wie oft sagen wir, wie viel Geld wir nach Schwyz schicken müssen? Das ist genau die Möglichkeit, auch mal wieder Geld von Schwyz nach Freienbach zu holen. Sie haben es sicher bereits ein wenig aus meinen Worten herausgehört. Wir empfehlen ihnen am heutigen Abend, den Gemeinderat zu unterstützen unsere vielseitige und breitabgestützte Schulstruktur nicht unnötig zu gefährden, in dem man sie zu fest nur in eine Richtung verändern möchte. Wir bitten sie deshalb, alle vorliegenden Anträge abzulehnen. Vielen Dank.

Lorenz Ilg, GLP

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Besten Dank für eure Arbeit, die wir gerne entgegengenommen und gehört haben. Besten Dank unserem Säckelmeister und unserer Gemeindeverwaltung. Ein hervorragendes Ergebnis, transparent dargestellt. Uns Grünliberale freut es. Ich bin Lorenz Ilg und darf uns für die Gemeinde Freienbach im Kantonsrat vertreten. Meine Damen und Herren, die heutige Kinderbetreuung ist wie die Eisenbahn vor 100 Jahren. Es ist möglicherweise eine der wichtigsten Infrastrukturen überhaupt für unsere Wirtschaft. Vor 100 Jahren haben wir die Eisenbahnen gebraucht, haben sie gebaut, um eine Industrie und Wirtschaft aufzubauen. Natürlich gingen nur die Männer zur Arbeit. Die Mütter waren Zuhause am Herd. Heute reden wir so schön vom Fachkräftemangel. Glauben Sie mir, wir werden bald von Arbeitskräftemangel sprechen. Warum? Jede Schweizerin gebärt heute 1,3 Kinder. Das ist ja in der Regel für zwei Personen oder wie auch immer die Familienkonstellation ist. Innert jeder Generation haben wir einen Verlust eines Drittels der Bevölkerung. Gehen Sie zwei, drei Generationen weiter und Sie werden feststellen, dass wir schrumpfen. Wir schrumpfen erstaunlicher Weise nicht nur in der Schweiz. Wir schrumpfen weltweit. Afrikanische Staaten allen voran. Allerdings dort mit einem Niveau von 10 auf 5 Kinder. Mit anderen Worten, Kinderbetreuung ist enorm wichtig. Aus einem wirtschaftsliberalem Aspekt, benötigen wir Frauen im Erwerb. Wir brauchen Frauen in der Wirtschaft als Arbeitskräfte. Schauen Sie sich um, die Frauen möchten das auch. Es ist nicht nur eine Ausprägung von Gleichberechtigung, es ist eine Ausprägung vom Menschsein. Wir möchten alle etwas schaffen, etwas erschaffen. Geben wir ihnen die Möglichkeit. Was müssen wir dafür machen? Kinderbetreuung. Ganz kurz zur finanziellen Einordnung. Wir haben immer gehört von unteren, mittleren und höheren Einkommen. Wir haben tatsächlich gegen grünliberale Empfehlungen am Mittwoch vor drei Tagen im Kantonsrat, den Kantonstarif um 5 % gesenkt. Wissen Sie wer davon profitiert? Ich sage es Ihnen. Die Einkommen ab 250'000 Franken pro Jahr. Ab 250'000 Franken pro Jahr ist es mir auch tatsächlich gleich, ob ich einen Betreuungsgutschein erhalte oder nicht, da ich es gar nicht spüre. Die direkte Bundessteuer klickt ein bei 150'000 Franken. Mit dem neuen Finanzausgleich können wir das Geld an ressourcenschwache Gemeinden verteilen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihre Steuern zu senken. Wir haben es von Alain Homberger bereits gehört. Gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz müssen wir die Steuern senken. Aber es macht keinen Sinn, das auf kantonalem Niveau zu machen, da es dort die Einkommen ab 250'000 Franken betrifft. Das sind nicht so viele. Es gibt in der Schweiz 2'500 Menschen, die über 50 Mio. Franken besitzen. Es gibt nur 1 Promille von Menschen, die über eine Million pro Jahr verdient / versteuern. 1 % versteuern über 350'000 Franken, 10 % versteuern über 135'000 Franken. Jetzt müssen wir gut überlegen, welches Einkommen Sie genau haben und welche Einkommen wo und wann genau zum Mittelstand zählen. Ich glaube wir sind uns einig, dass wir die Normalverdiener unterstützen müssen und die Topverdiener haben bereits von unserer Topinfrastruktur und den Möglichkeiten profitiert. Die Normalverdiener sind Menschen mit Kinder. Das können Alleinerziehende oder ein Elternpaar sein. Kinder sind ein Armutrisiko. Wo endet es am Schluss? Bei uns bei der Sozialfürsorge. Wir können sie prophylaktisch unterstützen oder wir können sie in der Sozialfürsorge landen lassen. Machen wir es doch so, dass es der Wirtschaft auch etwas bringt. Wirtschaftsliberaler Ansatz heisst fördern, damit mehr Menschen in den Arbeitsprozess gehen und alle Elternteile zur Arbeit gehen können. Es kostet uns nur 320'000 Franken. Ich bin immer noch bei der finanziellen Einordnung. Wenn wir die Steuern anschliessend um 5 % senken gemäss Antrag des Gemeinderats, haben wir ca. 5 Mio. Franken Mindereinnahmen. Das haben wir

.....

vorhin in den Darstellungen von Alain Homberger gesehen. Ein Steuerprozent entspricht einer Million. Also 0,3 Steuerprozent kostet uns das zusätzlich für unsere Kinder. Eben nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern, die erwerbstätig sein möchten. Meine Damen und Herren, wir sind in einer der reichsten Gemeinden in der Schweiz zu Hause. Unterstützen Sie heute Abend zusammen mit mir und den Grünliberalen unser wichtigstes Kapital, unsere Nachkommen und bewilligen Sie diese 0,3 Steuerprocente. Sie können es auch so anschauen: Wir senken den Steuerfuss für alle um 5 % aber eigentlich sind es nur 4,7 % weil wir 0,3 % den Eltern, die zur Arbeit gehen möchten, aber schulpflichtige Kinder haben, geben. Deshalb hoffen wir, dass Sie keine amerikanischen Verhältnisse wollen. Sie haben gehört, dass die Betreuung 100 Franken pro Tag kostet. Wenn ihre Kinder 20 Tage pro Monat betreut werden müssen, kostet das 2'000 Franken, haben Sie zwei Kinder kostet es 4'000 Franken. Das ist der Lohn einer Nanny. Wenn Sie möchten auch von einer Köchin oder auch von einer Nanny, die auch kocht. Wenn man dann aber drei Kinder hat, kann man eine Köchin anstellen oder die Kinder ins Restaurant schicken. Deshalb wäre es gut, wenn wir in der Luegeten ein Restaurant hätten. Wie gesagt, stimmen Sie heute für die Erhöhung um 320'000 Franken. Wir Grünliberalen unterstützen das. Vielen Dank.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Das Wort ist weiterhin frei. Wünscht jemand das Wort zu diesem Thema? Nein, wir kommen somit zur Abstimmung. Wir haben zwei Anträge: Der erste Antrag der Mitte, die SP hat sich dem Antrag angeschossen und wird durch die GLP, den Elternrat und Alexander Lacher unterstützt. Der erste Antrag lautet: Das Globalbudget Bildung um 320'000 Franken zu erhöhen, damit die Tarife für das ganze Kalenderjahr beibehalten werden können. Dahinter schwingt zudem die Erwartung, dass der Gemeinderat Grundlagen erarbeitet, damit ab 2026 eine familienfreundlichere Lösung umgesetzt werden kann. Wenn nötig mit einer moderaten Erhöhung. Das ist der eine Antrag. Der andere Antrag ist von der FDP. Dieser Antrag besagt, dass die Tariferhöhung bis im August 2025 aufgeschoben wird und das Budget dafür um 160'000 Franken zu erhöhen. Bei diesem Antrag geht es vor allem darum, die Übergangszeit zu verlängern, damit man ab dem nächsten Schuljahr neue Tarife einführt.

Wir kommen zur Abstimmung über diese beiden Anträge. Ich werde über beide Anträge gleichzeitig abstimmen lassen. Wir machen eine erste Runde. Sie haben in der ersten Runde eine Stimme. Sie können Ihre Stimme entweder dem Antrag der Mitte (mit Unterstützung von weiteren) oder dem Antrag der FDP geben. Sie können Ihre Stimme auch enthalten. In der zweiten Runde wird über den übrig gebliebenen Antrag abgestimmt.

Stimme aus dem Publikum

Die SVP hat auch noch einen Antrag gestellt.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Nein, die SVP hat keinen Antrag gestellt. Sie ist für die Beibehaltung. Das ist kein Antrag. Alle, die für Beibehaltung sind, d.h. die für die Tariferhöhung sind, können sich der Stimme enthalten und stimmen in der zweiten Runde "Nein".

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Mitte zustimmen möchte, das Globalbudget um 320'000 zu erhöhen, damit die Tarife für das kommende Kalenderjahr beibehalten werden können, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Danke.

.....

Wer dem Antrag der FDP zustimmen möchte, mit welchem die Tarifierhöhung bis Ende August aufgeschoben und damit das Budget um 160'000 Franken erhöht haben möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Danke.

Ich glaube das ist offensichtlich. Der Antrag der FDP ist unterlegen. Das heisst wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Mitte, unterstützt durch weitere. Jetzt können sie "Ja" oder "Nein" stimmen. Wer für den Antrag der Mitte ist: Erhöhung Globalbudget Bildung um 320'000 Franken, damit die Tarife für das kommende Kalenderjahr beibehalten werden können, soll das jetzt durch Handheben bezeugen. Das Gegenmehr? Das ist offensichtlich. Das Gegenmehr ist deutlich kleiner. Sie haben damit dem Antrag zugestimmt. Das heisst konkret, dass das Globalbudget Bildung um zusätzliche 320'000 Franken erhöht wird. Das Gesamtdefizit wird auch dementsprechend grösser.

Ich glaube, wir können das Thema Tagesschule jetzt verlassen. Wir sind aber immer noch beim Leistungsauftrag Bildung. Sind noch weitere Wortmeldungen zum Leistungsauftrag Bildung? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum Leistungsauftrag Musikschule. Sie finden diesen auf den Seiten 50 und 51 der Botschaft. Der Genehmigungsinhalt mit den Leistungszielen, den Wirkungszielen und dem Globalbudget ist auf Seite 51 grau hinterlegt.

Das Wort ist frei zum Leistungsauftrag Musikschule.

Keine Wortmeldung.

Wir kommen schliesslich noch zum Leistungsauftrag Finanzen. Sie finden diesen auf den Seiten 22 bis 25 der Botschaft. Bitte beachten Sie, dass dieser Leistungsauftrag zwei Globalbudgets hat. Nämlich das Globalbudget 1, welches die Finanzen betrifft und das Globalbudget 2, welches die Steuern betrifft. Sie finden den Genehmigungsinhalt in Bezug auf die Leistungs- und Wirkungsziele auf Seite 23, das Globalbudget 1 auf Seite 24 und das Globalbudget 2 auf Seite 25, jeweils grau hinterlegt. Inhalt des Globalbudgets 2 sind die Steuereinnahmen und damit natürlich auch der Steuerfuss.

Das Wort zum Leistungsauftrag Finanzen ist frei.

Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen zur Beratung der Investitionsrechnung. Sie finden diese auf der Seite 68 nach Institutionen, auf der Seite 69 nach Arten und auf den Seiten 70 und 71 nach Institutionen und Arten gegliedert. Die Beschlussfassung heute betrifft nur die grau hinterlegten Zahlen für das Budget 2025. Zum Finanzplan 2026 bis 2028 kommen wir anschliessend.

Das Wort zur Investitionsrechnung ist frei.

Keine Wortmeldung.

Wir kommen zum Finanzplan 2026 bis 2028.

In Bezug auf die Erfolgsrechnung finden Sie diese als "Gesamtübersicht 2025 bis 2028" auf der Seite 52, als "Gestufferter Erfolgsausweis" auf der Seite 53, "Nach Institutionen" auf der Seite 54 und "Nach Institutionen und Arten" auf den Seiten 55 bis 67.

Den Finanzplan in Bezug auf die Investitionsrechnung finden Sie auf den Seiten 68 nach Institutionen, auf der Seite 69 nach Arten und auf den Seiten 70 und 71 nach Institutionen und Arten.

Die Entwicklung der Finanzkennzahlen ist auf der Seite 72 dargestellt.

Ich weise darauf hin, dass es sich bei den Zahlen im Finanzplan nur um orientierende Inhalte handelt, dass also keine Anträge zum Finanzplan möglich sind.

Gibt es Wortmeldungen zum Finanzplan 2026 bis 2028 in Bezug auf die Erfolgsrechnung?
Keine Wortmeldung.

Gibt es Wortmeldungen zum Finanzplan 2026 bis 2028 in Bezug auf die Investitionsrechnung?

Keine Wortmeldung.

Gibt es Wortmeldungen zur Entwicklung der Finanzkennzahlen 2025 bis 2028?

Keine Wortmeldung. Ich muss mich nun kurz mit Esther Reichmuth beraten, wie die Schlussabstimmung aussehen wird.

Wir kommen jetzt zur eigentlichen Schlussabstimmung. Wir stimmen dabei in einer Abstimmung über die Leistungsaufträge, über sämtliche Globalbudgets, den Steuerfuss und das Investitionsbudget ab.

Sie finden den Antrag des Gemeinderats auf Seite 73 der Botschaft. Er ist aufgrund der Entscheide der Gemeindeversammlung leicht angepasst und lautet wie folgt: Die Gemeindeversammlung genehmigt den vorliegenden Voranschlag 2025 unter Berücksichtigung der Anpassungen des Globalbudget Bildung, mit einem Aufwandüberschuss von 3'640'700 Franken, mit den Leistungsaufträgen und Globalbudgets und mit einem Steuerfuss von 50 % einer Einheit für natürliche Personen und 65 % einer Einheit für juristische Personen. Es ist ein wenig kompliziert, aber es ist so. Das ist der Antrag für die Schlussabstimmung.

Wer dem Voranschlag 2025 zustimmen will, möge dies per Handerheben bezeugen.
Gegenmehr?

Das ist eindeutig. Sie haben damit den Voranschlag 2025 genehmigt. Vielen Dank.

Wir kommen nun zum letzten Traktandum. Über das letzte Traktandum können wir heute nur beraten, wir können nicht über das gesamte Paket entscheiden, da es der Urnenabstimmung vom 9. Februar 2025 unterliegt.

Traktandum 4. Sachgeschäft Ausbau und Sanierung Feuerwehrstützpunkt Pfäffikon

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Sie finden die Erläuterungen zu diesem Geschäft auf den Seiten 76 bis 85 der Botschaft.

Ich erlaube mir, Ihnen das Geschäft selbst vorzustellen, da ich es in den letzten zwei bis drei Jahren vorbereitet habe und es ist auch ein wenig Herzblut dabei.

Der Gemeinderat will den Feuerwehrstützpunkt ausbauen und sanieren. Der Gemeinderat ist der festen Überzeugung, dass es das jetzt braucht.

Warum braucht es einen Ausbau und eine Sanierung?

- Das Gebäude ist heute 36-jährig und wurde 1988 in Betrieb genommen. Seither sind Aufgaben und Einsatzgebiete gewachsen. Ursprünglich hatte es gar keine Arbeitsplätze, heute hat es 3 Arbeitsplätze. Ursprünglich gab es 5 Fahrzeuge, heute sind es 12 Fahrzeuge. Das führt zu einer Verdoppelung des Flächenbedarfs.
- Es geht auch um die Erschliessung und um einsatztaktische Abläufe. Das Problem heute ist, dass einrückende Feuerwehrräfte sich mit denen kreuzen müssen, die mit ihren Fahrzeugen bereits ausrücken. Das ist nicht ganz optimal.
- Es ist auch eine Frage der Trag- und Erdbbensicherheit, die diese Sanierung benötigt.
- Nach bald 40 Betriebsjahren mit intensiver Nutzung ist eine Gebäudesanierung anstehend.

Eine Planungskommission hat in vielen Sitzungen intensiv daran gearbeitet, wie der Bedarf gedeckt werden kann. Es resultiert ein Gesamtprojekt von 7,8 Mio. Franken. Zur besseren Erklärbarkeit haben wir das aufgeteilt in drei Projektelemente:

- Statische Ertüchtigung in Kombination mit dem Anbau. Der Anbau hat auch eine statische Wirkung, das ist nicht einfach nur, weil man es dort angehängt hat. Eine Ertüchtigung benötigt es auch, weil sich die Normen verschärft haben. Wir haben einen Salzeintrag im Untergeschoss durch die Werkhoffahrzeuge. Das macht eine Sanierung der gesamten Bodenplatte erforderlich. Das kostet rund 1,6 Mio. Franken.
- Der Anbau kostet ca. 1,7 Mio. Franken und dient einerseits der Entflechtung des Fuss- und Fahrverkehrs, indem man den Haupt- und Nebeneingang entflechtet. Er dient aber andererseits auch Atemschutzmaterialien, dessen Bewirtschaftung auch Drittfuerwehren angeboten wird. Diese können dort einfach Ein- und Ausfahren. Drittens dient der Anbau auch der Bürobenuzung.
- Die Gebäudesanierung mit ca. 4,4 Mio. Franken ist der grösste Aufwand. Da geht es um Fassadensanierung, Wärmedämmung, haustechnische Installationen, die auf den neusten Stand gebracht werden müssen.

Noch ein paar Worte zu den ökologischen Aspekten:

- Sicher positiv hervorzuheben ist, dass die bestehende Bausubstanz erhalten bleibt. Wir reissen nicht etwas ab und stellen etwas Neues auf. Da würde viele graue Energie verloren gehen. Auch eine innere Verdichtung und haushälterische Bodennutzung wird stattfinden und sollte positiv hervorgehoben werden. Wir haben auch intern diskutiert, dass die Geschossigkeit mit nur einem Geschoss eher unternutzt ist und Potenzial in die Höhe besteht. Wir haben auch darüber diskutiert, ob eine Aufstockung sinnvoll wäre. Wir sehen heute noch nicht, welche künftigen Nutzungen überhaupt mit einer Blaulichtorganisation wie der Feuerwehr kompatibel wären.
- Es hat eine PVA-Anlage für den Eigenbedarf auf dem Dach. Man könnte mehr machen. Man könnte das ganze Dach mit einer PVA-Anlage zugflastern, aber das EW Höfe ist nicht in der Lage, diesen Strom abzunehmen, da die Leitungen nicht dafür ausgelegt sind. Die Grundinstallation ist aber so ausgelegt, dass man später dazu bauen kann.
- Die Fernwärme löst die fossile Heizung ab.
- Der Minergie-Standard wird umgesetzt, wo es möglich ist. Wir können aber kein Zertifikat erhalten, weil in Bezug auf das Gesamtgebäude nicht alle Anforderungen erfüllt werden können.

.....

Noch ein Wort zur Erschliessung. Wir sehen auf dem Bild, dass es eine neue Erschliessung geben wird. Das hat mit der Entflechtung zu tun. Sie sehen, dass man von oben her, von der Gwattstrasse her, links hineinfährt und es ein Einbahnsystem gibt. So kommt man sich gegenseitig nicht in den Weg. Es dient dem Verkehrsfluss.

Wir haben die Baukosten anhand der üblichen Baukostenpositionen dargestellt. Ich werde es nicht im Einzelnen vorlesen. Das sind die 7,8 Mio. Franken inkl. Reserven. Darin enthalten sind Beiträge aus Förder- und Unterstützungsprogrammen von knapp 600'000 Franken. Wir müssen aber brutto budgetieren und können das nicht einfach bei den 7,8 Mio. Franken abziehen.

Es wird Folgekosten geben:

- Abschreibungen
- Betrieb und Unterhalt
- Interne Verrechnung Miete. Das wirkt ein wenig sonderbar, aber das hat mit der Spezialfinanzierung der Feuerwehr zu tun. Die Feuerwehr wird nicht durch allgemeine Steuermittel finanziert, sondern durch Feuerwehersatzabgaben und dem Feuerwehrbeitrag auf Gebäuden. Die Reglemente sagen, dass für Nutzflächen des Werkhofs über die Kasse/Spezialfinanzierung Feuerwehr eine Miete an die allgemeine Kasse der Gemeinde geleistet werden muss.
- Es gibt eine Kostenentlastung im Bereich Betrieb und Unterhalt, aber auch weil heutige Aussenanlagen wegfallen, da wir dort alles konzentrieren können, so dass die Folgekosten 532'000 Franken betragen.

Der Feuerwehrbeitrag auf Gebäuden wurde erst vor kurzer Zeit eingeführt. Diese Folgekosten wurden dazumal bereits berücksichtigt. Das heisst, aufgrund dieses Projektes sind kurz- und mittelfristig keine Anpassungen der Feuerwehersatzabgabe oder des Feuerwehrbeitrages zu erwarten.

Der Gemeinderat ist der Meinung, Ihnen ein gut durchdachtes und zweckmässiges Projekt vorlegen zu können und freut sich auf Ihre Unterstützung.

Ich gebe das Wort dem Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission, Gert van der Meer.

Gert van der Meer, Präsident der Rechnungsprüfungskommission
Geschätzte Damen und Herren

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt die vom Gemeinderat unterbreitete Ausgabenbewilligung von 7'800'000 Franken für das Projekt Ausbau und Sanierung Feuerwehrstützpunkt Pfäffikon zu genehmigen.
Besten Dank.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Danke Gert für deine Ausführungen. Das Wort zum Sachgeschäft Ausbau und Sanierung Feuerwehrstützpunkt Pfäffikon ist frei.

Guy Tomaschett, SP
Geschätzte Anwesende

.....

Liebe Leute von der Feuerwehr, keine Angst ich schätze euren Dienst an der Gemeinschaft und ich unterstütze dieses Sachgeschäft. Mein Name ist Guy Tomaschett und ich spreche heute als SP-Vertretung in der Raumplanungskommission. Was uns dort beschäftigt, ist die sogenannte Innenverdichtung. Das ist die Variante, ein Haus abzureissen und eine grösseres neu zu bauen. Sie kennen das aus ihrem Quartier. Die ökologischere Variante ist das Weiterbauen am Bestand. Ein gelungenes Beispiel ist die Turnhalle Schwerzi in Freienbach. Die Gemeinde baut dort neue Räume für die Musikschule auf die Turnhalle. Zurück zum Feuerwehrgebäude. Auch hier ist Weiterbauen durch einen Anbau vorgesehen. Das Gebäude ist unterkellert und hat ebenerdig eine grosse Garage und zweistöckige Personalräume. Auf der anderen Strassenseite entsteht die neue Kanti fünf Stockwerke hoch. Das heisst auf der Feuerwehrgarage gibt es einen Luftraum, den man irgendwann nutzen könnte. Wenn wir jetzt sowieso Erdbebenertüchtigungen machen, könnte man das Gebäude so vorbereiten, dass wir in Zukunft bis zu drei Stockwerke daraufsetzen könnten. Mit dieser Idee ging ich zur Gemeinde und diese hat professionell reagiert: Interessante Idee, das schauen wir an. Danach kam die Antwort des Ingenieurs. Es kommt darauf an, was man bauen möchte. Einen Saal für 1'000 Personen braucht mehr Verstärkung als Büros oder Wohnungen. Es braucht auf jeden Fall stärkere Fundamente und deshalb wird es nicht ganz billig: 0,7 bis 1 Mio. Franken. Ja ich habe gleich reagiert wie Sie, das ist schon ziemlich viel. Trotzdem, je länger ich darüber nachdenke, desto relativer erscheint mit der Preis. Sie haben vorhin gesehen. Es sind bereits jetzt 1,6 Mio. Franken für die statische Ertüchtigung (salzdurchfressende Bodenplatte) vorgesehen. Jetzt benötigen wir nochmals die Hälfte mehr. Eine Schätzfrage: Wie gross ist die Dachfläche, die wir aufstocken könnten? Die Gemeinde gab mir die Auskunft, dass die Fläche sich auf ca. 850 Quadratmeter beläuft. Zum Vergleich – und das habe ich abgeklärt – dieser Saal hier hat 480 Quadratmeter. 850 Quadratmeter sind fast zweimal dieser Saal. Was könnte man damit machen? Zum Beispiel acht Wohnungen à 100 Quadratmeter auf drei Stockwerke wären das 24 Wohnungen, Zum Beispiel für Feuerwehrfamilien, die wie viele andere Mühe haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dieser Vergleich darin in der öffentlichen Zone zu wohnen, ist jedoch nicht relevant. Gemäss der Zeitung kostet der Quadratmeter Bauland in der Gemeinde Freienbach 4'000 Franken. Ein Quadratmeter Dachflächenbauland käme gemäss dem Ingenieur auf rund 1'000 Franken. Das ist viermal weniger. Jetzt sieht für mich das Preisschild schon ein wenig anders aus. Haben wir das Geld für eine solche Vorinvestition? Wir haben heute Abend 8 Mio. Franken ausserordentlich abgeschrieben, wir haben den Steuerfuss gesenkt. Ich kann Ihnen heute Abend nicht sagen, für was wir eine Aufstockung irgendwann brauchen können, aber ich kann Ihnen sagen, dass wir irgendwann eine Aufstockung brauchen können. Natürlich könnten wir die statische Ertüchtigung auch erst dann machen. Es wird einfach nicht billiger. Ist stelle den Antrag, den Baukredit um 800'000 Franken zu erhöhen, damit eine spätere Aufstockung mit der Nutzungsklasse Büro oder ähnlich, statisch und technisch vorbereitet wird. Ich könnte es verstehen, wenn Sie so viel Geld heute Abend reut. Falls es uns in Zukunft einmal reuen wird, dass wir es jetzt nicht gemacht haben, können wir wenigstens niemandem die Schuld geben. Die Gemeindeversammlung hat entschieden. Das ist direkte Demokratie. Danke.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Besten Dank Guy für diesen interessanten Vorschlag. Ich kann diese Zahlen, die er vorhin gesagt hat, weitestgehend bestätigen. An und für sich ist es ein berechtigtes Anliegen, dass wir den knappen Raum möglichst gut nutzen. Die Kosten für die Aufstockung gemäss Ingenieur von 0,7 – 1 Mio. Franken ist nur für eine Etage. Da sprechen wir von einem Stock und nicht von dreien. Es kommt auch immer darauf an, für welche Nutzung, wie viele Menschen auf dieser Etage sind und was passiert dort. Das ist ausgerichtet auf einen

Leichtbau. Es ist an und für sich eine gute Idee, aber es gibt schon noch ein paar grössere Fragezeichen. Guy hat selbst gesagt, dass es sich um eine öffentliche Zone handelt. Es kommen nur Arbeitsplätze mit öffentlichen Aufträgen in Frage. Das muss man sich einfach vergegenwärtigen. 850 Quadratmeter stimmen. Ich habe es ganz grob umgerechnet. Wenn man grob schätzt, dass ein Arbeitsplatz 30 Quadratmeter gross ist, sind das 28 Arbeitsplätze in dieser doppelten Halle. Wenn man sagt, die Arbeitsplätze sollen enger sein und man mit 15 Quadratmeter pro Arbeitsplatz rechnet, gibt es 56 Arbeitsplätze. Gemäss Milchbüchleinrechnung könnte es zwischen 30-60 Arbeitsplätze geben. Diese Personen gehen täglich rein und raus, möchten parkieren, da stellt sich schon die Frage, wie das genau gehen soll. Wenn die Aufstockung kommt, braucht es baulich sicher nochmals ein zusätzliches Treppenhaus. Wir können nicht die Feuerwehr und die Büronutzung gleichzeitig laufen lassen. Es braucht Parkplätze, Parkierung und eine Aussenraumgestaltung. Da kommt schon noch etwas dazu, wenn man es aufstockt. Ich stelle mir auch vor, vor allem, wenn man an Einsatztaktische Überlegungen denkt, dass es auch Vorgaben vom Kanton oder vom Bund gibt, die eine solche Nutzung nicht zulassen. Es ist eine Stützpunktfeuerwehr mit Kantonsaufgaben. Wir haben das aber nicht abgeklärt. Eventuell ist es aber doch möglich, wir wissen es zum heutigen Zeitpunkt nicht. Ein weiterer Punkt ist eine persönliche Erfahrung von mir. Die Normen verschärfen sich immer. Das habe ich im Schwerzi und beim Werkhof erlebt. Mir läuft es immer kalt den Rücken herunter, wenn mir die Baukosten präsentiert werden. Ich frage, warum das so teuer ist und die Antwort ist, die Normen haben sich verschärft. Ob wir das nun wollen oder nicht. Was ich damit sagen möchte ist, man kann schon 1 Mio. Franken oder 800'000 Franken für Aussteifungen, zusätzliche Fundamente und Pfähle investieren, aber man hat keine Garantie, dass es in ein paar Jahren immer noch ausreicht und nicht bereits veraltet ist. Ich sage nicht, dass es eine blöde Idee ist. Wenn man aber das Ganze anschaut, ist es im Moment noch zu wenig ausgereift und das Risiko ist da, dass wir 800'000 Franken investieren und später feststellen, dass es ganz oder teilweise für die Katze war. Das eine Reaktion meinerseits zum Antrag von Guy Tomaschett. Das Wort ist weiterhin frei zum Sachgeschäft.

Tibor Lamoth, Grünliberale Freienbach
Guten Abend miteinander.

Ich bin Tibor Lamoth aus Wilen und spreche für die GLP Freienbach. Wir warten noch aufs Aufschalten der Folien. Wir haben etwas vorbereitet. Wir haben gestern noch spontan einen Antrag im Austausch mit der Gemeinde gemacht und ich möchte Ihnen das heute zeigen. Wir warten noch schnell auf die Bilder, sonst wird es ein wenig kompliziert. Wir möchten Sie ja davon überzeugen, damit Sie das toll finden und "Ja" stimmen. Im Vorhinein möchten wir dem Gemeinderat zu diesem vorbildlichen Projekt gratulieren. Die Verdichtung an diesem Ort, die Kräfte zusammen zu bringen. Man nutzt den Bestand sehr sorgfältig. Das ist ein sehr vorbildliches Geschäft, wir hatten wirklich Freude daran. Wir haben einfach noch eine Erweiterung, die wir beliebt machen möchten. Ist das die erste Folie? Nein, es sind 17 Folien, das ist die letzte.

Wir haben einen Ergänzungsantrag und noch eine Anregung. Wir begrüssen das vorbildliche Projekt. Beim Ergänzungsantrag geht es um die Grauenergie. So vorbildlich der Gemeinderat das auch gemacht hat, so schlecht hat es das Planungsteam gemacht. Die Planer verstehen eventuell etwas von der Feuerwehr, aber die Materialisierung des Gebäudes, die Ausbildung, ist aus dem letzten Jahrhundert. Eine solche Sanierung war von 30 Jahren in Ordnung, aber heute entspricht das nicht der Art, wie eine öffentliche Hand bauen sollte. Bei der Anregung geht es um das Thema Energiespeicherung. Nun zum Er-

.....

gänzungsantrag Grauenergie: Es fehlt eine Energiekategorisierung. Wir müssen nun einfach glauben, dass ihr das gut macht. Der Minergie-Standard macht bei einem solchen Gebäude wirklich keinen Sinn, aber man kann auch einfach einen GEAK erstellen lassen, dann hat man die Kategorisierung auch. Das wäre das Minimum, was man erwartet bei bestehenden Gebäuden. Wir haben vor allem auch null Angaben zur Grauenergie, zum Baumaterial, was hier verwendet werden soll. Der Aus- und Anbau des Feuerwehrgebäudes sind mit treibhausgasintensiven Materialien vorgesehen. Der ganze Diskurs, welcher landesweit stattfindet und in Papieren des Kantons auch enthalten ist, ist in diesem Projekt gar nicht vorgesehen. Wir haben eine Metallfassade, das ist das schlechteste. Das wurde schon vor 30 Jahren bei öffentlichen Gebäuden nicht gerne gesehen. Wir haben eine Steinwolldämmung, wir haben einen Anbau der nach Massivbau aussieht. Warum ist das Thema Grauenergie landes- und europaweit politisch so gross? Das Bauwesen macht 40 % unseres CO₂ Ausstosses aus. Es ist der grösste Hebel, den wir haben. Es ist kein Kavaliersdelikt, wenn wir das jetzt einfach weglassen. Eine öffentliche Hand muss alle Themen der Grauenergie bearbeiten. Die Planer der öffentlichen Hand müssen das machen. Der Gemeinderat muss sich darauf verlassen können, dass die Planer das Thema von selbst anstossen und zumindest einen Teil davon thematisieren. Ein Beitrag muss erbracht werden. Auf der nächsten Folie sehen Sie die Zahlen. Diese gelten auch für die Schweiz. Das sind zufälligerweise genau die gleichen Zahlen. Diesen 40 % CO₂-Ausstoss, welche durch das Bauen und die Gebäudebeheizung entsteht. Die Gebäudebeheizung macht davon nur einen Drittel aus. Wenn wir bauen ist einfach schon ein Drittel weg, durch die Baumaterialien, die auch produziert werden mussten. Auch das Abbrechen macht nochmals einen Drittel aus. Wir haben einen Drittel, durch die politisch korrekte Entscheidung, den Bestand zu behalten, schon einmal erfüllt. Wir haben einen vorbildlich organisierten Betrieb mit erneuerbaren Energien, aber beim Bau war das Material überhaupt kein Thema. Ist es überhaupt möglich, ein Feuerwehrgebäude aus Holz zu machen? Wir haben vorhin etwas über Sicherheitsvorschriften etc. gehört. Selbstverständlich, es gibt diverse Feuerwehrgebäude in der Schweiz aus Holz. Übrigens wird momentan in Winterthur auch das grösste Hochhaus aus Holz gebaut. Sicherheit ist beim Holz überhaupt kein Thema. Bei Erdbeben ist Holz sogar zehnmal besser als die Ingenieure zuerst gedacht haben. Holz kann es locker mit anderen Bauten aufnehmen. Je nach Zustand ist es sogar besser als ein Massivbau. Hier sehen Sie ein Feuerwehrgebäude in Zumikon. Die Statik ist hier aus Holz. Hier sehen Sie eine Holzfassade. Es ist durchaus möglich eine brennbare Fassade zu machen. Das hat etwas zu tun mit der Gebäudehöhe und die ist hier gegeben. Hier sehen sie die Feuerwehr in Wallisellen. Es ist ein urbaner Standort. Das ganze Gebäude ist aus Holz. Das Gebäude ist bereits 10 Jahre alt. Das ist alles kein Problem. Das wäre eine Variante. Man könnte bei uns sagen, dass man die riesigen Metallflächen durch Holz ersetzen. So hätten wir bereits einen grossen Beitrag geleistet. Falls man Respekt vor einer brennbaren Fassade hat, gibt es auch noch andere Beispiele in der Schweiz. Ein Trend ist die Wiederverwendung von abgebrochenen Baumaterialien. Da gibt es Beispiele aus Basel, Winterthur etc.. Das einfachste, was man momentan wiederverwenden kann, sind Metallfassaden. Von all diesen abgebrochenen Industriefassaden kann man diese sehr einfach wiederverwenden. Das könnte man machen, wenn man an einem Feuerwehrgebäude keine Holzfassade haben möchte. Dann hätten wir auch einen riesigen Beitrag zur Grauenergie geleistet. Das wäre eine sehr einfache Massnahme, welche diesem Projekt überhaupt keinen Abbruch macht. Klar gibt es auch noch die Variante von Solar in den Fassaden. Das ist ein Lieblingsthema bei uns, da muss dann aber auch der Wille von allen Seiten da sein. Was machen wir nun mit all diesen Ideen? Der rechtliche Rahmen – das haben wir ja nicht einfach so erfunden – ist die neue Energie- und Klimaplanung des Kan-

.....

tons. Von dort kommen auch diese Wörter. Substitution von CO2 intensiven Stoffen, dieses Thema kommt sogar zweimal darin vor. Das Gebäudeförderprogramm entwickelt man so, dass man zirkuläres Bauen (Material Wiederverwendung) und graue Energien berücksichtigt. Es ist ein wenig schade, wenn die fortschrittliche Gemeinde Freienbach, von der ich ein Fan bin (ich bin seit 10 Jahren ein überzogener Freienbacher und ich habe Freude, wie sich die Gemeinde entwickelt hat) und ich würde mich wünschen, wenn ihr hier Mut zeigt und aus diesem prominenten Gebäude an dieser Lage mit wenigen Mitteln etwas macht, wo man sieht, dass man ein wenig weitergedacht hat. Wir haben die sogenannte Vorbildfunktion. Diese Funktion kann man sehr breit auslegen. Ein solch prominentes Gebäude, bei dem jeder darum herumfahren muss, würde ich mir einfach wünschen, dass man dort etwas sieht. Nicht wie bei der Steckmetallfassade von Porsche. Das ist das Label der Porschegaragen. Das ist cool, aber es ist auch eine ökologische Sünde. Ich würde es selbstbewusster finden, wenn ihr eine Fassade macht, die eine andere Botschaft überbringt. Es geht auch um die Dämmstoffe etc., im Detail des Anbaus, das könnte man alles besser machen. Wir haben ja auch noch die Initiative nachhaltige Mobilität. Dort geht es ja darum, wie wahrhaftig, effektiv unser selbstproduzierte Solarenergie ist. Das würde auch dafürsprechen, dass wir deutlich mehr Solar machen. Es geht nicht nur um die Materialien, sondern um das Gesamtkonzept dieses relevanten, industriellen Orts. Da müsste noch mehr drin liegen.

Das Ökologie-Thema ist ein wenig kompliziert und die Planer haben das Thema einfach weggelassen. Sie haben nur die minimale Standardübung gemacht, die nach Gesetz sowieso aufgezwungen ist. Es fehlt einfach nichts, was diesem Vorbildcharakter zu Gute kommt. Es müsste irgendetwas hier sein bei diesem prominenten sichtbaren Gebäude. Wir haben die berühmten 5 % genommen. Man sagt 7-5 % der Baukosten macht die ökologische Optimierung aus. Ich habe nun 5 % vorgeschlagen. Der Gemeinderat kann den Antrag nicht annehmen, wenn wir keine Zahl sagen.

Wir möchten das Projekt nicht blockieren, sondern einen Ergänzungsantrag machen. So könnte man sagen, dass man nochmals 400'000 Franken für die Überarbeitung der bisherigen, unvollständigen Planung benötigt. Dadurch könnten diese Fragen geklärt werden und man könnte die folgenden Themen erarbeiten, planen und schliesslich auch umsetzen. Es ist zum einen eine Kategorisierung. Wo sind wir bei Energiefragen z.B. mit GEAK mit einer allfälligen Antwort zur Grauenergie? Man müsste ein Solarspeicherkonzept andenken. Wir sind hier in einem industriellen Bereich. Hier kann man solche Sachen machen. Wir müssen für die Umplanung auf CO2-arme Materialien einen Plan erstellen. Hier gibt es eigentlich nur Minergie-Eco als Label, sonst kann man das gar nicht quantifizieren. Es ist zwar da, und es wurde wahnsinnig gut gemacht, aber man kann es gar nicht messen. Wenn man ein solches Label hat, wird der Leistungsausweis all jener, die das gemacht haben, entsprechend gewürdigt. Das war es bereits.

Das ist der Ergänzungsantrag. Ich hoffe, ich habe es einigermaßen gut erklärt. Ich bin nicht so ein geschickter Redner wie ihr. Ich möchte einfach 5 % der Baukosten als Nachtragsantrag stellen, damit die ökologischen Themen seriös angepackt werden können. Dann kann das Gebäude auch so daherkommen, wie es sich für die Gemeinde Freienbach gehört.

Wir kommen noch zur Anregung. Die GLP ist ja die Solarpartei. Das ist immer ein grosses Thema. Momentan ist es blöd, dass alle Solar machen möchten (das ist toll) aber wir bekommen den Strom nicht mehr weg. Das EW hat erhebliche Schwierigkeiten. Das Netz kommt ans Limit und sie können es einfach nicht ausbauen. Es gibt einen Fachkräfteman-

.....

gel, wir haben keine Trafostandorte, da die Verhandlungen um einen solchen Standort jeweils 10 Jahre gehen. Es würde sich deshalb empfehlen, dass die Energiekommission diese Speicherthematik ernsthafter und intensiver auf der Gemeindeebene diskutiert. Wir hatten da auch widersprüchliche Diskussionen bei uns. Es kann nicht sein, dass wir alles mit Batterien ausstatten. Es kann auch sein, dass Vehicle-to-Grid macht. Dass die Autos der Gemeinde als Energiespeicher funktionieren. Das geht aber vielleicht auch nicht auf, wenn wir den Stundenplan genau anschauen. Das Dritte wäre aber sicher, die Verhandlungen mit dem EW. Das sollte intensiver, aktiver, als die Gemeinde angegangen werden. Wir möchten jetzt eine Lösung haben, dass wir das ganze Dach mit Solar ausstatten könnten. Die Kapazitäten müssten vorhanden sein. Wenn das einfach nicht zu machen ist, müssen wir selbst über die Speicherlösungen nachdenken. Das ist eine reine Anregung an den Gemeinderat. Das ist auch nicht zum Abstimmen. Es gehört zwar schon dazu, würde den Rahmen aber sprengen und ist vielleicht auch dem Einzelobjekt gar nicht richtig. Hier sehen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen (Energiestadt Freienbach, Mobilitätsinitiative). Die Mobilität ist ja der Volkswille. Wir sollten mit Solarstrom Bus fahren. Aber wenn der Solarstrom nur rechnerisch existiert und tatsächlich zur Hälfte im Jahr trotzdem vom Atomkraftwerk kommt, ist es einfach schade. Es wäre schöner, wenn wir den Eigenbedarf optimieren könnten. Der Strom sollte nicht im Netz verpufft werden und auch nicht nur in einer Excel-Tabelle ersichtlich sein. Die Anregung ist unabhängig vom Sachgeschäft. Es geht um eine Gemeindestrategie. Überregionale Betrachtungen sind vielleicht die Lösung. Das ist als Anregung, dass man das den zuständigen Stellen nochmals ans Herz legt. Das wäre es gewesen. Vielen Dank fürs Zuhören bei diesem schwierigen und unangenehmen Thema und ich hoffe, dass Ihr den Mut und die Lust habt, unseren Ergänzungsantrag anzunehmen.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Vielen Dank, Tibor Lamoth, für dieses Inputreferat verbunden mit einer konkreten Anregung und einem Antrag. Zuerst vielleicht zur Anregung zum Speicher. Das ist ein Thema, welches mich auch beschäftigt. Es muss ja irgendwie möglich sein, dass wir die Energie vom Dach irgendwo im Keller oder im Auto besser speichern können. Es ist so, dass das Ressort Raum und Umwelt im nächsten Jahr als Leistungsauftrag die Überarbeitung der Energieplanung im Programm hat. Dafür wird die Auftragsformulierung im ersten Quartal im nächsten Jahr stattfinden. Danach wird es umgesetzt. Der Moment ist nun genau richtig, die Idee / Anregung der GLP aufzunehmen, damit das Anliegen "Stromspeicherung" in den Anforderungskatalog kommt und danach bearbeitet wird. Wir nehmen das gerne mit.

Ich würde noch schnell zum Antrag reagieren. Der Antrag geht dahingehend, dass wir 400'000 Franken für ökologische Optimierung beim Baukredit dazu nehmen. Es ist so, dass wir bereits einiges gemacht haben im Sinne von ökologischen Massnahmen. Ich wollte es vorhin aufzeigen. Wir sind aber nicht so weit gegangen, wie es dieser Antrag fordert. Wir haben eine Optimierung gemacht und auch Sachen gestrichen, weil wir immer im Kopf haben, dass wir ein gutes Preis- / Leistungsverhältnis bieten möchten. Dies, damit wir ein Projekt erhalten, dass auch mehrheitsfähig ist und die Akzeptanz der Stimmbürgerschaft erhält. Es gibt Sachen, die du vorhin erwähnt hast, die gut möglich sind. Gemäss meiner Auskunft wäre es gut möglich mit Recyclingmetall die Fassade zu machen. Das hat natürlich wieder seinen Preis. Es ist auch gut möglich, dass wir die Fassadenverkleidung aus Holz machen. Aus das hat einen Mehrpreis, vor allem, wenn es Holz aus der Schweiz und nicht aus Sibirien sein muss. Schwieriger wird es beim Anbau. Der Anbau ist ein Teil des statischen Konzepts. Wenn ein Erdbeben kommt, hilft der Anbau, dass nicht alles zusammenfällt. Dort ist es schwierig, mit Recyclingbeton etwas zu machen oder den Anbau

.....

nicht in Massivbauweise, sondern in einer Leichtbauweise zu machen. Unter dem Strich habe ich kein Problem mit diesem Antrag. Es wird nicht alles möglich sein, aber gegen ökologische Optimierungen spricht eigentlich nichts. Es gilt einfach die Mehrkosten zu berücksichtigen, welche in diesem Antrag mit 400'000 Franken ausgewiesen werden. Letztendlich soll die Gemeindeversammlung heute Abend entscheiden, ob man das will oder nicht.

Alexander Lacher

Lieber Präsident, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die SVP hat definitiv ein Problem mit dieser Architekturvorlesung, welche Sie um zehn vor zehn Uhr erleben dürfen. Das ist alles sehr interessant. Ein wenig Innenverdichtung, ein wenig graue Energie, ein wenig ökologische Optimierungen, das sind alles relevante und interessante Themen. Die Vorredner haben sich dazu viele Gedanken gemacht und das schätzen wir auch. Es ist aber nicht seriös, wenn nicht sogar fahrlässig, wenn wir jetzt um zehn vor zehn mit solchen Hosensackproduktionen 1,2 Mio. Schweizerfranken investieren, ausgeben, beschliessen. Sie können es nennen wie Sie wollen. Das ohne ausreichende Informationen. Solche Themen sind Gegenstand eines langen Planungsprozesses. Dort gehört es hin. Es gehört in die Kommissionen, die dieses Geschäft vorbereiten. Vielleicht haben diese noch einen Beratungsbedarf, das kann sein. Wenn der Gemeinderat dieses Geschäft effektiv neu beurteilen möchte, müsste er es jetzt zurücknehmen und sich die Zeit ausführlich nehmen, um es gegebenenfalls auch mit den Ideengeberinnen und Ideengeber zu besprechen. Aber dass wir das jetzt hier als Gemeindeversammlung "heb chlepf" beschliessen, das sieht die SVP und auch ich persönlich überhaupt nicht. Ich habe im Gegenteil die Ansicht, dass genug geplant wurde und es an die Umsetzung gehen muss. Auch hier spreche ich das Vertrauen gegenüber dem Gemeinderat aus. Sie haben es gehört. Die heutige Lokalität hat 36 Jahre ausgehalten. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat wieder ähnlich langfristig geplant hat, optimieren kann man immer. Ich setze lieber um und das so, wie Sie es in der Botschaft lesen konnten. Besten Dank.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Danke für die Unterstützung Alexander Lacher. Das Wort ist weiterhin frei.

Lorenz Ilg

Ich mache es kurz. Zehn vor zehn ist normalerweise die Nachrichtensendung. Ganz wichtig für mich ist die Zukunft. Wir haben vorher darüber bei den Kindern, Eltern und Arbeitskräften gesprochen. Hier sprechen wir über eine andere Zukunft, nämlich über die Zukunft der Umwelt. Es sind nur 400'000 Franken Mehrkosten, es sind 0,4 Steuerprozent. Wir haben schon 0,3 % bei der Kinderbetreuung gemacht. Jetzt wären es nochmals 0,4 %. Ich bitte Sie im Namen der Zukunft, im Namen der jungen Generation, unseren Nachkommen, unseren Kindern, hier noch ein wenig mehr in die Umwelt zu investieren. Das Geld ist da. Wir können es ausgeben. Es sind nicht wahnsinnig viele Extrawünsche. Ich glaube, wenn ich zu unserem Säckelmeister schaue, haben 400'000 Franken in unserem Budget Platz. Besten Dank, wenn Sie zusammen mit uns diesen Ergänzungsantrag unterstützen.

Guido Cavelti, Gemeindepräsident

Danke. Das Wort ist weiterhin frei. Wir das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wir haben zwei verschiedene Abänderungsanträge. Ich werde diese einzeln zur Abstimmung bringen. Sie können zu jedem Antrag "Ja" oder "Nein" sagen. Ich komme zur Abstimmung in der Reihenfolge der eingegangenen Anträge.

Der erste Antrag ist von der SP, vertreten durch Guy Tomaschett, gekommen. Dieser sagt: Der Kreditrahmen ist um 800'000 Franken zu erhöhen, um eine spätere Aufstockung mit Nutzungsklasse Büro oder Ähnliches statisch und technisch vorzubereiten. Wer diesen Antrag annehmen möchte, soll das durch Handheben bezeugen. Danke.

Wer diesen Antrag ablehnen will, soll das jetzt mit Handheben bezeugen.

Stimmzähler ich erachte das zweite Mehr als grösser. Sehr ihr das auch so? Ja. Der Antrag wurde abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Antrag, welcher von Tibor Lamoth vorgetragen wurde. Er vertritt die GLP. Der Antrag lautet abgekürzt wie folgt: Das Zusatzbudget soll um zusätzlich 5 % der Baukosten erhöht werden für ökologische Optimierungen. Das sind 400'000 Franken. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bitte mit Handheben bezeugen. Danke. Das Gegenmehr? Wir zählen aus.

Wir wiederholen die Abstimmung. Die Stimmzähler werden aufgefordert, ihre Sektoren zu zählen und wir tragen hier vorne die Zahlen zusammen. Ich frage nochmals.

Wer dafür ist, den Antrag anzunehmen, soll das jetzt durch Handheben bezeugen.

Ausgezählt nach Sektoren: 24, 18, 22, 30

Wir kommen zum Gegenmehr. Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt durch Handheben bezeugen.

Ausgezählt nach Sektoren: 26, 31, 34, 21

Die Schluen unter Ihnen haben das bestimmt schon ausgerechnet.

Ja-Stimmen 94, Nein-Stimmen 112. Sie haben damit den Antrag abgelehnt.

Das Geschäft geht unverändert an die Urne.

Wir sind nun am Ende der Gemeindeversammlung.

Ich danke allen, die zum Gelingen des heutigen Abends beigetragen haben:

- Verwaltung / Sachbearbeiter / Sachbearbeiterin, IT-Verantwortlichen und dem Werkhof
- Meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, der Gemeindeschreiberin Esther Reichmuth und der Rechnungsprüfungskommission

Ihnen, sehr geschätzte Damen und Herren, danke ich für Ihr Interesse, Ihre Diskussionsbeiträge und für die Teilnahme an der heutigen Generalversammlung.

Ich danke Ihnen besonders, dass Sie mit uns auf eine faire Art und Weise die Demokratie gelebt haben.

Ich darf Sie jetzt im Namen des Gemeinderats zu einem Apéro einladen. Sie werden im Foyer von den Mitgliedern des «KTV Freienbach» bedient.

.....

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und dann einen guten Rutsch ins 2025. Danke, dass Sie gekommen sind. Kommen Sie gut nach Hause.

Die Gemeindeversammlung ist hiermit geschlossen.

Die Protokollführerin:

Esther Reichmuth
Gemeindeschreiberin

Vom Gemeinderat genehmigt an der Sitzung vom 9. Januar 2025 / GRB Nr. 1.

Gemeinderat Freienbach

Guido Cavelti
Gemeindepräsident

Esther Reichmuth
Gemeindeschreiberin